

Basisindikatoren der ökonomischen Entwicklung in Deutschland, Großbritannien, Schweden, USA - 1950 bis 2000

Thome, Helmut; Birkel, Christoph

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Thome, H., & Birkel, C. (2005). *Basisindikatoren der ökonomischen Entwicklung in Deutschland, Großbritannien, Schweden, USA - 1950 bis 2000*. (Der Hallesche Graureiher : Forschungsberichte des Instituts für Soziologie, 2005-4). Halle: Universität Halle-Wittenberg, Philosophische Fakultät I Sozialwissenschaften und historische Kulturwissenschaften, Institut für Soziologie. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-117250>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

**Basisindikatoren der ökonomischen
Entwicklung in Deutschland, Großbritannien,
Schweden, USA – 1950 bis 2000**

Helmut Thome, Christoph Birkel

Der Hallesche Graureiher 2005 – 4

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Forschungsberichte des Instituts für Soziologie

Emil-Abderhalden-Straße 7
D-06108 Halle (Saale)
Postanschrift: 06099 Halle (Saale)

Telefon: 0345 /5524251
Telefax: 0345 /5527150
e-mail: institut@soziologie.uni-halle.de

Druck: Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

ISSN 0945-7011

Vorwort	4
1. Wachstum und Niveau des Volkseinkommens	6
2. Produktivitätsentwicklung	10
3 Arbeitslosigkeit	12
4. Beschäftigungsstrukturen	19
4.1 Arbeitszeitvolumen und Beschäftigungsquoten	19
4.2 Sektorale Entwicklung	22
4.3 Öffentlicher und privater Sektor	24
4.4 Frauenerwerbsquote	25
4.5 Selbständigenquote	28
5. Entwicklung der Arbeitskosten	29
6. Steuer- und Abgabenbelastung, Staatsausgabenquote	31
7. Bildung und Kapitalbildung	37
8. Internationaler Handel: Exporte und Importe	39
9. Demographische Indikatoren	41
Literatur	46

Vorwort

Die hier präsentierte Materialsammlung zur ökonomischen Entwicklung wurde im Rahmen eines Forschungsprojektes („Sozialer Wandel und Gewaltkriminalität. Deutschland, England und Schweden im Vergleich, 1950-2000“) zusammengestellt, das Teil eines 17 Einzelprojekte umfassenden Forschungsverbundes ist („Stärkung von Integrationspotenzialen einer modernen Gesellschaft“), der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert wurde. Gegenwärtig wird ein Abschlussbericht in Form eines Buchmanuskripts erarbeitet, in dem die Basisindikatoren der ökonomischen Entwicklung ebenfalls dargestellt werden sollen. Da diese Materialien über unser Projekt hinaus von Interesse sein könnten, legen wir sie hiermit zusätzlich in der Form eines separaten Forschungsberichts vor. Drei weitere Themenkomplexe des Projekts sind schon in früheren Berichten vorgestellt worden (siehe Birkel/Thome 2004, Birkel 2003, Birkel 2004)

Wohlstandsniveaus, Einkommensungleichheit, Arbeitslosigkeit und andere Komponenten oder Korrelate ökonomischer Entwicklung sind in der kriminalsoziologischen Forschung in vielfältiger Weise zur Erklärung von Kriminalitätsraten herangezogen worden. Sie prägen Gelegenheitsstrukturen und Motivkonstellationen für abweichendes Verhalten, Lebensstile und soziale Konflikte, formelle und informelle Kontrollstrukturen. Ökonomische Entwicklungen und technologische Innovationen (insbesondere im Verkehrs- und Kommunikationsbereich) verändern auch den Systemcharakter von Gesellschaften, insbesondere das Verhältnis von Politik und Wirtschaft, die Regulierungskompetenzen des Staates und die Einflussnahme der Öffentlichkeit.

In jüngerer Zeit ist der "regulative Wohlfahrtsstaat" zunehmend attackiert worden mit dem Argument, er behindere das wirtschaftliche Wachstum oder, schlimmer noch, gefährde langfristig das bisher erreichte Wohlstandsniveau. Neben der Kostenbelastung und den Finanzierungsdefiziten bemängelt man vor allem, die Märkte seien durch staatliche oder tarifrechtliche Vorschriften überreguliert, dies setze falsche Anreize und verzerre den Wettbewerb. Wir werden auf diese Debatte hier nicht näher eingehen; die in ihr angesprochenen Strukturentwicklungen spielen jedoch eine wichtige Rolle in unserem Erklärungsansatz und müssen deshalb in ihren Grundzügen dargestellt werden.

Da in den öffentlichen Diskussionen die Leistungskraft europäischer Länder vor allem an derjenigen der USA gemessen wird, beziehen wir bei den meisten Indikatoren die USA in unseren Vergleich ein. Die allgemein zugänglichen statistischen Quellen liefern in der Regel keine spezifischen Daten für England und Wales, so dass wir hier Angaben für „Großbritannien“ (GB) bzw. das „Vereinigte Königreich“ (UK) zitieren.¹ Für Schweden benutzen wir die Abkürzung SW, für Deutschland entweder BRD oder D. Die verschiedenen Quellen liefern nicht immer übereinstimmende Daten; wir werden gelegentlich darauf hinweisen und uns im übrigen

¹ Die meisten statistischen Angaben beziehen sich auf das „Vereinigte Königreich“ (Großbritannien und Nord-Irland). Wir vernachlässigen hier die Differenz, die sich aus dem Ein- oder Ausschluss von Nord-Irland ergibt, und verwenden im Folgenden die hierzulande übliche Abkürzung *GB* für beide Varianten.

primär an den Daten der *Organization for Economic Cooperation and Development* (OECD) orientieren. Das Tableau ökonomischer Kenngrößen ergänzen wir durch einige Indikatoren der Bevölkerungsentwicklung: Geburtenrate, Alterszusammensetzung und Ausländeranteile. Die länderspezifischen Besonderheiten sozialstaatlicher Leistungssysteme, der Entwicklung ökonomischer und sozialer Ungleichheit sowie einiger weiterer Aspekte der strukturellen Kopplung zwischen ökonomischem und politischem System werden in anderen Kapiteln des Abschlussberichts dargestellt.

H. T.

C. B.

1. Wachstum und Niveau des Volkseinkommens

Allgemein gilt das Bruttoinlandsprodukt (BIP)² pro Kopf der Bevölkerung als wesentlicher Leistungsindikator im Vergleich verschiedener Volkswirtschaften. Wegen der Instabilität der Wechselkurse ist es sinnvoll, die *Niveau*-Vergleiche zwischen den Ländern auf der Basis von Kaufkraftparitäten (KKP) durchzuführen. Die Entwicklung der *Wachstumsraten* kann aber auch für jede Volkswirtschaft getrennt im Sinne der Veränderung des „realen“ (inflationsbereinigten) BIP, gemessen in der jeweiligen Währung, dargestellt werden.

In den 1950er Jahren weist die Bundesrepublik besonders starke Wachstumsraten (pro Kopf der

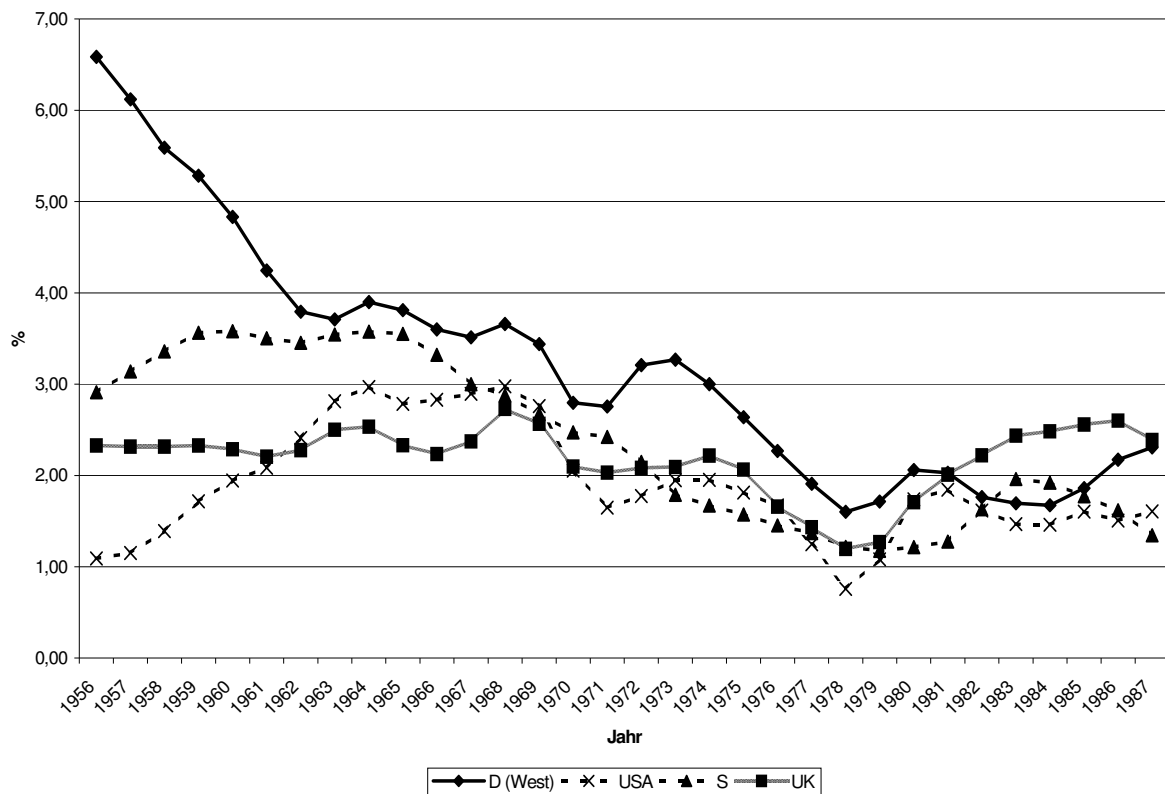


Abbildung 1: durchschnittliche Veränderung des realen GDP pro Kopf in KKP (gleitende Mittelwerte, Stützbereich 10 Perioden, in Preisen von 1985)

Quelle: Penn World Tables 5.6 (vgl. Summers und Heston 1991).

² Englisch: *Gross Domestic Product* (GDP). Das BIP oder GDP enthält auch die (Gewinn-)einkommen, die an ausländische Beschäftigte und Firmen fließen; nicht zuletzt aus diesem Grunde steht Luxemburg bei Ländervergleichen auf dieser Basis so glänzend dar. Dagegen ist das „Bruttosozialprodukt“ (BSP) als Brutto-*Inländer*-Produkt definiert, in das die „fremdproduzierten“ Anteile nicht einbezogen sind: vom BIP werden die Primäreinkommen abgezogen, die an die übrige Welt geflossen sind und umgekehrt die Primäreinkommen hinzugefügt, die von inländischen Wirtschaftseinheiten aus der übrigen Welt bezogen worden sind. Das BSP wird auch als „Bruttonationaleinkommen“ (BNE) bezeichnet (Gabler Wirtschaftslexikon, 15. Aufl., 2000, S. 553).

Bevölkerung) auf (s. Abb. 1), was als Aufholeffekt nach den Zerstörungen des zweiten Weltkriegs interpretiert werden kann. (In der ersten Hälfte der 50er Jahre liegen die Wachstumsraten in der BRD noch über denen, die sich aus der Abb. 1 ergeben) Im Trendverlauf bleibt die Bundesrepublik bis 1979 vorne, nicht nur vor SW und GB, sondern auch vor den USA. Abb. 1 zeigt die Entwicklung in Form zentrierter gleitender Mittelwerte bei einem Stützbereich von zehn Jahren.

Zu Beginn der 80er Jahre geraten alle vier Länder mit leichten zeitlichen Verschiebungen und mehr oder weniger stark ausgeprägt in eine kurzfristig rezessive Phase (was in den gleitenden Mittelwerten allerdings nicht sichtbar wird). In der nachfolgenden Aufschwungphase zieht Deutschland bis 1992 an den anderen Ländern vorbei, fällt aber nach Ende des Wiedervereinigungsbooms stetig zurück, zunächst gegenüber GB und den USA, ab 1994 auch gegenüber Schweden (das 1990 fast ein Nullwachstum, dann drei Jahre hintereinander eine einschneidende Rezession erlebte).³

Die Wachstumsraten sagen noch nichts über die *Höhe* der Volkseinkommen aus. Wie schon erwähnt bieten sich zum Vergleich zwischen mehreren Ländern die sog. Kaufkraftparitäten: KKP an, die von den verschiedenen Institutionen in unterschiedlichen Versionen vorgelegt werden. Unter anderem sind deflationierte KKP von KKP zu aktuellen Preisen (*current prices*) zu unterscheiden (siehe Schreyer und Koechlin 2002). Bei den deflationierten KKP fallen die Vergleiche unterschiedlich aus, je nachdem, welches Jahr als Basis gewählt wird. Ein Nachteil dieser Methode ist außerdem, dass sie die Veränderungen in der Zusammensetzung der Produktkörbe und in den relativen Preisen nicht berücksichtigt. Uns scheint es deshalb sinnvoller zu sein, für den Niveauvergleich zwischen den Ländern die KKP pro Kopf der Bevölkerung zu den jeweils aktuellen Preisen heranzuziehen. Abb. 2 präsentiert die Entwicklung seit 1950, wobei das USA-Niveau jeweils auf den Wert 100 fixiert ist und die KKP der anderen drei Länder als Prozentanteil des USA-Wertes angegeben sind.

Es zeigt sich, dass die BRD nach der Wiederaufbauphase Anfang der 60er Jahre GB ein- und ab 1968 überholte. SW bleibt bis zu seiner Krisenphase Anfang der 90er Jahre vor Deutschland. Die USA behalten trotz insgesamt niedrigerer Wachstumsraten ihren deutlichen Vorsprung, Deutschland kommt aber im Jahre 1992 nahe an die 90-Prozent-Marke heran, verbessert also seine Position nicht nur in der Wiederaufbauphase, sondern auch noch zwischen 1970 und 1990 erheblich. Nach den OECD-Daten überschreitet West-Deutschland 1990 gegenüber den USA sogar die 90-Prozent-Marke (knapp 93 %), während Gesamtdeutschland mit 81 % gleichauf mit Schweden liegt. Während GB seine Position gegenüber den USA einigermaßen stabil hält (1991 wie 2002 auf ca. 78 %), verliert Schweden gut fünf Prozentpunkte und erreicht im Jahre 2002

³ Geeignete Daten aus den Penn World Tables liegen nur bis 1992 vor, OECD-Daten bis in die Gegenwart seit 1970. Wir verzichten hier aber auf eine weitere graphische Abbildung für die jüngsten 15 Jahre.

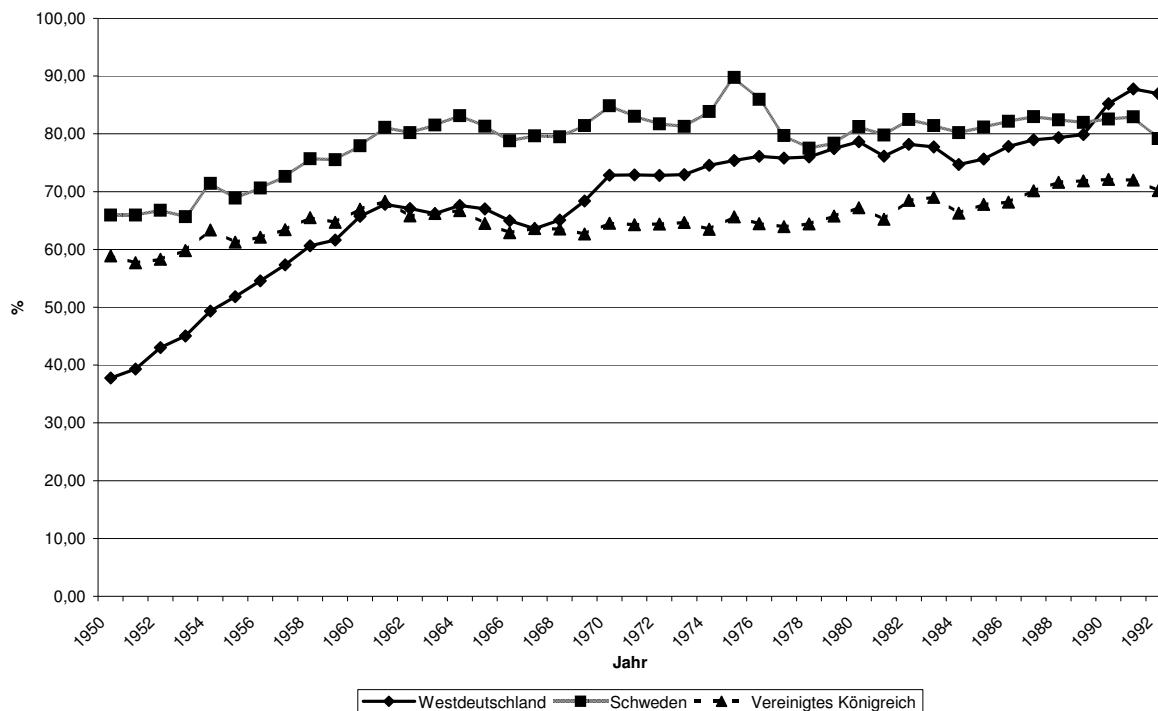


Abbildung 2: Entwicklung des GDP in KKP in Prozent des US-GDP

Quelle: Penn World Tables 5.6.

mit 75,6 % in etwa das Niveau, das wir für Westdeutschland mit 76,8 % schätzen.⁴ (Gesamtdeutschland liegt bei 72 % und damit in etwa auf dem Niveau, das die Bundesrepublik Anfang der 70er Jahre gegenüber den USA erreicht hatte.) Seit Mitte der 90er Jahre (aber erst dann) fällt Deutschland also im Vergleich nicht nur zu den USA, sondern auch zu GB und SW beim Wachstum deutlich zurück.⁵

⁴ Das westdeutsche BIP/Kopf haben wir ermittelt, indem wir das gesamteutsche BIP/Kopf nach OECD-Definition mit dem Verhältnis des BIP/Kopf der westlichen Bundesländer (einschließlich Ostberlin) zum Gesamtdeutschen BIP (jew. nach Definition des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder) multipliziert haben. (Nach Sinn 2004: 33 ist der Abstand Ost- vs. West-D. erheblich größer.)

⁵ An dieser Stelle ist eine Anmerkung zur Methodik des Wirtschaftswissenschaftlers und Bestseller-Autors Hans-Werner Sinn angebracht. In seinem Buch mit dem bemerkenswerten Titel „Ist Deutschland noch zu retten?“ (Sinn 2004) bringt er auf S. 33 in der Abb. 1.3 unter der Überschrift „Frankreich und England auf der Überholspur“ einen Vergleich des BSP zwischen 1960 und 2004 zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen (in EURO). Er erwähnt zwar, dass die Wechselkurse den Kurvenverlauf der Zeitreihen beeinflussen, seine zentrale Aussage bleibt jedoch davon völlig unbeeinflusst: „Damals (im Jahre 1977, H.T./C.B.) war das britische Sozialprodukt pro Kopf nur halb so groß wie das deutsche. Das war die Konstellation, die Margret Thatcher an die Macht brachte. Mit ihrer Amtsübernahme hat sich das Blatt aber total gewendet. Es gab in Großbritannien einen gewaltigen Wachstumsschub, der bereits in den

Der Vergleich zwischen den USA und den europäischen Ländern spielt in der politischen Debatte eine erhebliche Rolle. Immer wieder wird das amerikanische System des Marktliberalismus als das ökonomisch stärkere im Vergleich zu den "kooperatistischen" europäischen Systemen ausgegeben. Daraus leitet sich die Forderung ab, auch in Europa den "Staat" zugunsten des "Marktes" in seinem Einfluss zu beschneiden und korporatistische Kontrollstrukturen zurückzuschneiden. Gemäß unserem Erklärungsschema ließe dies eine Gewichtsverschiebung zu Ungunsten des kooperativen Individualismus erwarten; deshalb ist auf diese Bewertung schon an dieser Stelle kurz einzugehen.

Wir haben soeben gesehen, dass die drei europäischen Länder in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in ihrem ökonomischen Wachstum bis zur Jahrtausendwende im Vergleich zu den USA nicht zurückgefallen sind, sondern bis 1990 erheblich an Boden gutgemacht haben. Ihren ökonomischen Vorsprung gegenüber „Europa“ haben die USA in der Zeit der ersten Globalisierungsphase im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts sowie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erreicht, als weite Teile Europas durch zwei Weltkriege zerstört wurden - insgesamt also in einer Zeit, in der sich in Europa Demokratie und Sozialstaatlichkeit erst rudimentär entwickelt hatten. 1870-1913 erzielten die USA ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 1,8 Prozent, in 12 europäischen Staaten betrug es 1,3 Prozent (in Deutschland 1,6 %, Schweden 1,5 %, UK 1,3 %). In der Periode zwischen 1913 und 1950 stehen Durchschnittsraten von 1,6 % für die USA und 0,8 % für die europäischen Länder zu Buche (Deutschland 0,2 %, Schweden 2,1 %, UK 0,9 %).⁶ In einer früheren Fassung seines in Fn. 6 zitierten Artikels gibt R. Metz für die USA in der Periode zwischen 1870 und 1989 ein durchschnittliches Wachstum von jährlich 1,8 %, für Deutschland eine Rate von 2,0 Prozent an (für Schweden 2,1 %, für GB 1,4 %). Dies zeigt, wie stark gerade Deutschland in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts bis zur Wiedervereinigung seine Position verbessert hat. Seit ca. 1995 weisen die USA aber wieder ein höheres Wachstum als Deutschland und die meisten europäischen Länder auf. Ob im Falle Deutschlands die besonderen ökonomischen Lasten der

achtziger Jahren einsetzte, sich dann in den neunziger Jahren abermals beschleunigte und schließlich bewirkte, dass Großbritannien Deutschland im Jahr 2000 überholte" (ebd., S. 34). Wenn man die Effekte der Wechselkurse ausschaltet und mit Kaufkraftparitäten rechnet, ergibt sich ein völlig anderes Bild. 1977 erreichte die BRD laut den Penn World Tables (s. Abb. 2) 75,81 % des US-amerikanischen GDP in KKP, Großbritannien 63,95 %. Im Jahre 1992 lagen die Quoten für West-Deutschland bei 87 %, für Großbritannien bei 70,21 %, Deutschland hatte seinen Vorsprung also in den 80er Jahren noch etwas vergrößert. Erst wenn man den vorübergehenden Vereinigungsboom auslässt und das Jahr 1989 zum Vergleich heranzieht (BRD 79,9 %, GB 71,9 % des US-Niveaus) hat GB beim Zuwachs seit 1977 einen leichten Vorteil, der von einem „gewaltigen“ Wachstumsschub ein gutes Stück entfernt ist. Sinns Erfolg im öffentlichen Beratungsgeschäft verdankt sich einer raffinierten Mischung kluger Analysen (man findet manch Nachdenkenswertes bei ihm) mit ideologisch motivierten Simplifizierungen, die oft im demagogischen Appell enden und vor Entgleisungen nicht zurückschrecken - so etwa, wenn er (mit Blick auf die Netto-Staatsquote) meint, Deutschland gehöre „offenkundig zu den Ländern, die dem Kommunismus bereits deutlich näher stehen als der Marktwirtschaft“ (ebd., S. 320).

⁶ Diese Angaben finden sich in R. Metz (2004); die Berechnungen erfolgten auf der Basis der Daten in Maddison (2001).

Wiedervereinigung dafür verantwortlich zu machen sind⁷ oder ob bestimmte Systemmängel in einer sich beschleunigenden Phase der Globalisierung besonders stark zu Buche schlagen, muss hier offenbleiben. Denkbar ist, dass bestimmte Systeme zu Beginn eines Innovationszyklus, andere Systeme in den nachfolgenden Phasen relativ im Vorteil sind oder dass sie sich unterschiedlich gut auf veränderte Weltmarktbedingungen (Stichwort "Globalisierung") anpassen können. So z. B. stellt E. Wasmer in einer vergleichenden Analyse europäischer und US-amerikanischer Arbeitsmärkte fest: "no model dominates the other one [wenn man die verschiedenen Vor- und Nachteile hinsichtlich der Schaffung von Wohlstand abwägt, H.T./C.B.], and each one has its own coherence, although the European one is more fragile when macroeconomic conditions change" (Wasmer 2002, *abstract*). Alle Aussagen über Vor- und Nachteile von Wirtschaftssystem, die sich nicht auf langfristige, über die Konjunkturzyklen hinausgehende Trendverläufe („lange Wellen“) stützen, sind fragwürdig.

2. Produktivitätsentwicklung

Das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung spiegelt die ökonomische Leistungsfähigkeit eines Systems nur sehr unvollkommen, denn es wird in den verschiedenen Ländern mit einer unterschiedlichen Erwerbsquote und unterschiedlichen Arbeitszeiten erwirtschaftet. Bei der Wahl zwischen höherem Einkommen oder niedrigerem Arbeitsvolumen (bzw. niedrigerer Wochen- und Lebensarbeitszeit) können die Gesellschaften unterschiedlich optieren.⁸ Unter dieser Perspektive ist die pro Arbeitsstunde erzielte Gütermenge, also die Produktivität, der bessere Indikator für das generelle Leistungsvermögen eines Wirtschaftssystems - allerdings nicht ohne Einschränkungen (s. unten „Arbeitslosigkeit“). Abb. 3 zeigt die Produktivitätsentwicklung im Sinne des BIP, das pro Arbeitsstunde in Deutschland (West- und Gesamt-D), GB, den USA, Frankreich und Japan in der Zeit von 1950 bis 1998 erzielt wurde. Die Reihen sind indiziert bezogen auf den US-Wert von 1996.

Die Graphik zeigt, dass die USA bis Ende der 1960er einen großen Produktivitätsvorsprung gegenüber den europäischen Ländern und Japan entwickelt haben. Allerdings können Frankreich bis 1990 und Westdeutschland bis 1995 die Lücke zu den USA schließen. Gesamtdeutschland liegt unterhalb dieses Niveaus, aber immer noch deutlich oberhalb des britischen (und erst recht des japanischen). Selbst GB kann seine relative Position gegenüber den USA zwischen 1965 und 1995 stark verbessern (s. M. Kitson in Floud/Johnson 2004: 35). Wird das Produktivitätsniveau Großbritanniens für das Jahr 1999 auf 100 fixiert, ergeben sich laut O'Mahony/de Boer (2002: 7) für die anderen Länder in Relation dazu folgende Werte: USA 126, Frankreich 124, Deutschland (Ost und West) 111, Japan 94.

⁷ Bekanntlich beträgt der jährliche Netto-Transfer von West- nach Ostdeutschland im langfristigen Durchschnitt seit der Wiedervereinigung etwa 4 Prozent des BIP.

⁸ Zum Vergleich USA vs. Europa, siehe Niall Ferguson: „Arbeitswut gegen Lebenslust“ (DIE ZEIT, 7. Okt. 2004, S. 26 f.) oder Paul Krugman: „French Family Values“ (New York Times, Beilage zur Süddeutschen Zeitung, 8. Aug. 2005, S. 2; Original: 29. Juli 2005).

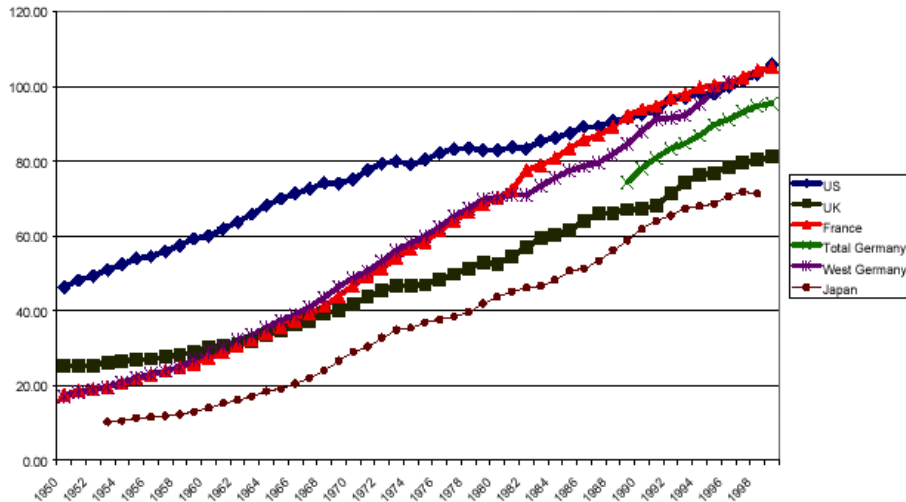


Abbildung 3: Arbeitsproduktivität verschiedener Länder, US 1996 = 100

Quelle: O'Mahony/de Boer (2002: 9).

Die OECD hat Zeitreihen vorgelegt, die eine Berechnung der Produktivität (BIP pro Arbeitsstunde) nach der EKS-Methode (entwickelt von den Ökonomen Elteto, Koves und Szulc (s. ILO 2004: 498-500) erlauben (s. Abb. 4).

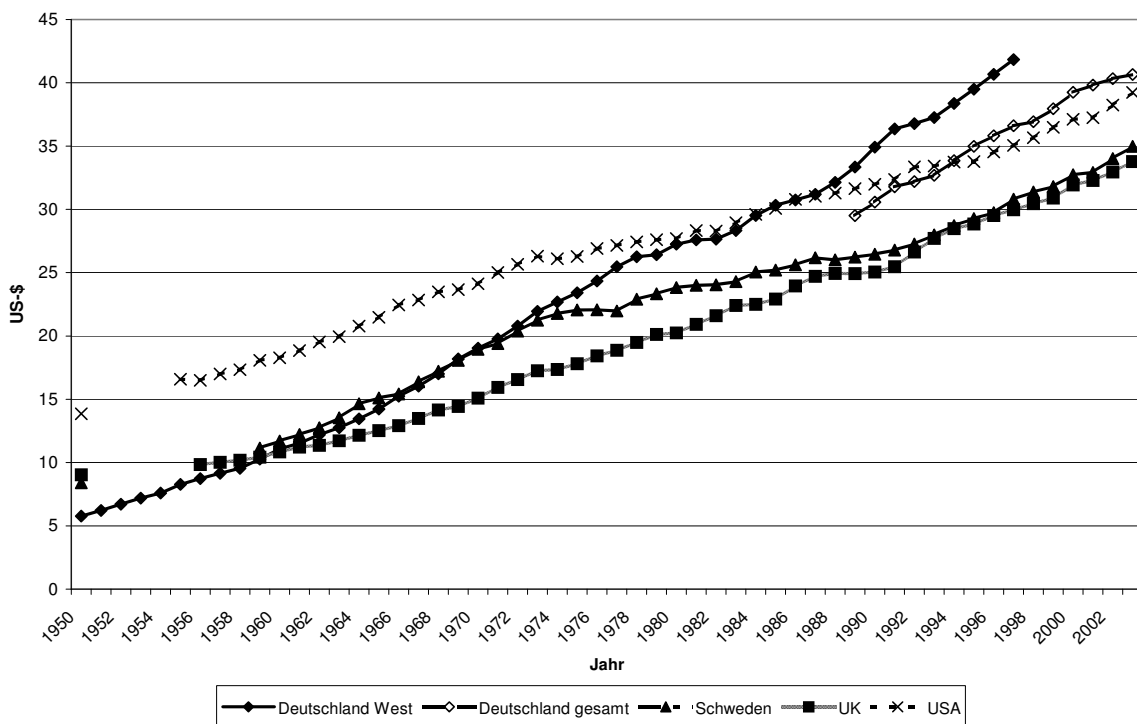


Abbildung 4: Arbeitsproduktivität (GDP pro Arbeitsstunde) berechnet nach der EKS-Methode

Quelle: Groningen Growth and Development Centre and The Conference Board, Total Economy Database. August 2004, <http://www.ggdc.net>.

Die Daten bestätigen, dass sowohl die BRD als auch SW und GB ihre relative Position

gegenüber den USA seit den 60er Jahren verbessert haben, insbesondere aber Deutschland. Westdeutschland zieht Ende der 80er Jahre deutlich an den USA vorbei, und selbst Gesamtdeutschland überholt Mitte der 90er Jahre die USA. Im Jahre 2003 liegt Deutschland in der Produktivität mit 40,65 EKS leicht vor den USA (mit 39,23 EKS- $\text{\$}$); Schweden (mit 34,98 EKS- $\text{\$}$) und GB (mit 33,77 EKS- $\text{\$}$) liegen klar unter diesen Werten. 1997 hatte Westdeutschland mit Ausnahme Luxemburgs (das wegen seiner ausländischen Tagespendler für Vergleiche nicht taugt) und nur ganz knapp hinter Norwegen (41,92 EKS- $\text{\$}$) mit 41,84 den höchsten Produktivitätswert aller OECD-Staaten (der US-Wert lag zu dieser Zeit bei 35,06 EKS- $\text{\$}$).

Die Berechnungsmethoden der verschiedenen Institute und Organisationen variieren erheblich, so dass auch die Ergebnisse für die einzelnen Länder recht unterschiedlich ausfallen. Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln z. B. veröffentlicht regelmäßig Analysen zur Entwicklung der Produktivität, definiert als Bruttowertschöpfung je Stunde im verarbeitenden Gewerbe (also nicht bezogen auf die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung). Wird die Berechnung auf der Basis von Kaufkraftparitäten vorgenommen (die allerdings nur auf gesamtwirtschaftlicher Basis ermittelt werden), liegt Deutschland im Vergleich zu 10 europäischen OECD-Ländern sowie Japan, Kanada und den USA im Jahre 2003 knapp (1 %) über dem durchschnittlichen Produktivitätsniveau (Schröder 2003: 5 f.), etwa gleich auf mit Schweden (2 % unter dem deutschen Niveau), aber deutlich vor GB (13 % minus). Noch niedriger platziert ist Japan mit 78 % des deutschen Niveaus. An der Spitze liegen Belgien (120 %), Frankreich (117 %) und die USA (111 %) (Schröder 2003: 5 ff.). Allerdings weisen die USA (wie auch Japan) die Wertschöpfung nach wie vor zu Marktpreisen aus und nicht auf der Basis der Herstellungskosten. (Bei der zweitgenannten Methode entfällt der Saldo aus Gütersteuern und Gütersubventionen, was im Falle Deutschlands ein um 5 % niedrigeres Produktivitätsniveau ergibt.) Betrachtet man die längerfristige Entwicklung zwischen 1980 und 2002, so liegt Deutschland beim Produktivitätszuwachs allerdings unter dem OECD-Durchschnitt, während Schweden, Frankreich und GB (in dieser Reihenfolge) an der Spitze liegen (ebd., S. 9).

Das höhere Pro-Kopf-Einkommen der US-Bevölkerung im Vergleich zu den europäischen Ländern ergibt sich also nicht aus einem generellen Produktivitätsvorsprung, sondern vor allem aus demographischen Faktoren und der höheren Nutzung des Arbeitskräftepotentials. K. Daly (2004: 7) kalkuliert, dass die "Labour Utilisation" (im Sinne der jährlich geleisteten Arbeitsstunden pro Kopf der Bevölkerung) im Jahre 2003 in den Euro-Ländern 28 Prozent unter derjenigen der USA lag (1993 waren es 26 Prozent). Im Schnitt arbeiteten die europäischen Beschäftigten 15 % weniger Stunden als die US-amerikanischen. Außerdem lag die Beschäftigungsrate in Europa fast 20 % unterhalb der amerikanischen, was nur zu etwa 4 % der höheren strukturellen Arbeitslosigkeit in Europa geschuldet war (zu Erwerbsquoten und Arbeitslosigkeit s. unten). Das US-amerikanische Produktivitätswachstum, das Jahrzehnte lang unter dem europäischen gelegen hatte, erreichte 1999 das durchschnittliche europäische Produktivitätswachstum und überholte es in den folgenden Jahren. Laut der Goldman & Sachs Prognose werden die Wachstumsraten bis zum Ende dieses Jahrzehnts wieder konvergieren (ebd., S. 10).

3 Arbeitslosigkeit

Ein naheliegender Einwand lautet, dass ein hohes Produktivitätsniveau (verbunden mit mehr Freizeit und einem geringeren Pro-Kopf-Einkommen) nicht als überzeugender

Wohlstandsindikator gelten kann, wenn es mit hoher Arbeitslosigkeit (erzwungener Freizeit) erkaufte worden ist. Ein Vergleich der Arbeitslosenraten ist allerdings besonders problematisch, weil die einzelnen Länder Arbeitslosigkeit in sehr unterschiedlicher Weise definieren und erfassen. Wir präsentieren hier die standardisierten Daten ab 1960 aus zwei OECD-Quellen: Die Daten für die USA sind für den gesamten Zeitraum OECD (2004) entnommen. Aus der gleichen Quelle stammen auch die Angaben für unsere drei europäischen Länder ab dem Jahr 1982. Für die vorangegangenen Jahre wurden die Daten OECD (1993) entnommen (s. Abb. 5).

In den 1950er Jahren hatte Westdeutschland zunächst mit sehr hohen Arbeitslosenraten (11 % im Jahre 1950) zu kämpfen, die bis Anfang der 60er Jahre auf eine Rate unter 1 Prozent zurückgeführt werden konnten. Ab 1960 bis 1973 haben die BRD und SW die niedrigsten Arbeitslosenquoten, auch GB hat nach heutiger Sprachregelung in dieser Periode nahezu Vollbeschäftigung. Für SW gilt dies bis zur Rezessionsphase Anfang der 90er Jahre. Die US-amerikanische Quote liegt bis Ende der 70er Jahre deutlich über derjenigen der europäischen Länder und wird Anfang der 80er Jahre von der britischen Rate überholt. In der Bundesrepublik steigt die Arbeitslosigkeit zwischen 1973 und 1983 (mit einer kurzen Erholungsphase in der

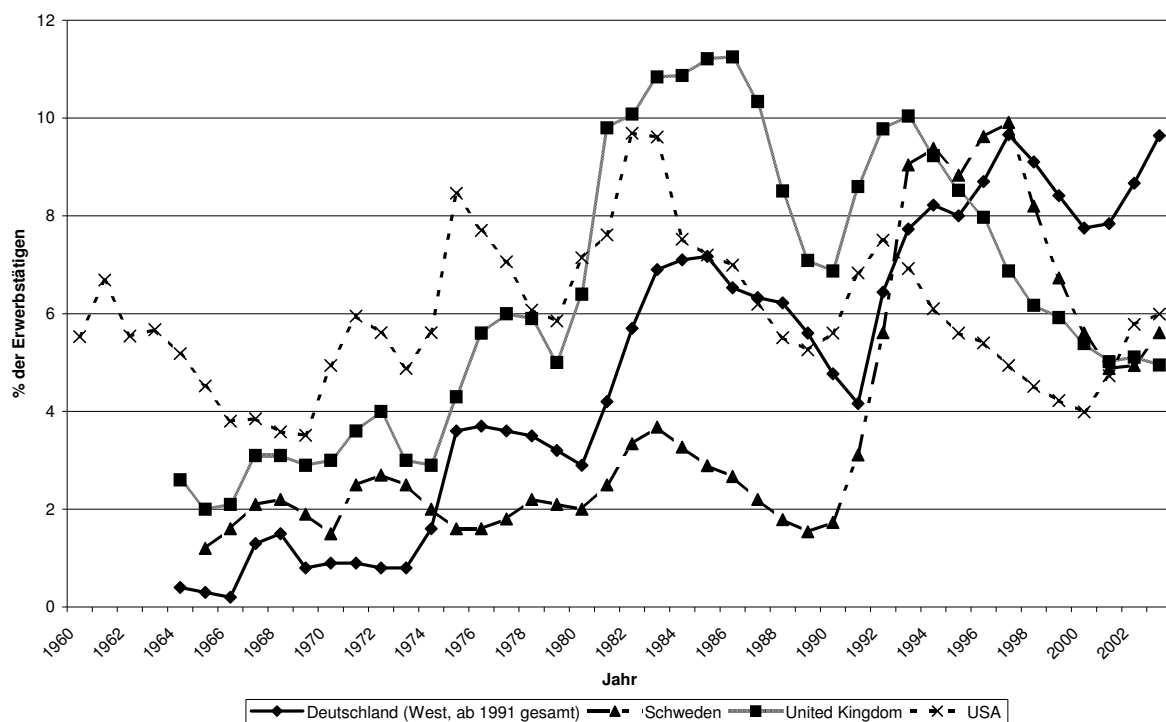


Abbildung 5: standardisierte Arbeitslosenquoten

Quelle: ab 1982: OECD, Statistical Compendium 2004/II, Main Economic Indicators; vor 1982: OECD, Main Economic Indicators. Historical Statistics: Prices, Labour and Wages, 1962-1991.

zweiten Hälfte der 70er Jahre) stark an, bevor sie bis zur Wiedervereinigung in einen leichten Abwärtstrend einschwenkt. Ab 1991 (jetzt unter Einbeziehung Ostdeutschlands) beginnt die Rate dramatisch zu steigen und geht erst in dieser Phase über die US-Quote hinaus; 1998 und im Jahre 2004 nähert sie sich der 10-Prozent-Marke (nach anderen Berechnungen der 12-Prozent-Marke). In GB ist der Anstieg nach der ersten großen Ölkrise noch dramatischer; die Quote erreicht 1986 mit nahezu 12 Prozent ihren Höhepunkt, fällt dann steil ab, steigt bis Anfang der

90er Jahre nochmals rapide an und fällt bis zur Jahrtausendwende kontinuierlich ab, bis sie ein Niveau von etwa 5 % erreicht. Die USA steuern den Gipfel der Arbeitslosigkeit 1981 mit knapp 10 % an, die Quote befindet sich seitdem - mit einer Unterbrechung Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre - in einem Abwärtstrend, der zu einer Marke von etwa 6 % führt. Schweden weist eine Quote auf, die zwischen den Werten der USA und Großbritanniens liegt. Die deutsche Rate liegt also inzwischen etwa doppelt so hoch wie die der Vergleichsländer. Das Bundesamt für Statistik weist für das Jahr 2002 eine Quote von 8,5 % für Westdeutschland und 19,2 % für Ostdeutschland aus, zusammengefasst 10,8 % (Datenreport 2004, S. 109, 114).

Bei der soziologischen Bewertung der Arbeitslosenraten der USA müssen neben der dort besonders hohen (und seit einiger Zeit steigenden) Einkommens- und Vermögensungleichheit sowie der hohen Armutsquote noch einige weitere Besonderheiten bedacht werden. Dazu gehört auch die Zahl der Gefängnisinsassen. Western/Beckett (1999: 1041) legen Zahlen vor, wonach die Arbeitslosenrate der USA im Jahre 1995 von 5,6 % auf 7,5 % ansteigt, wenn man die Anzahl der Gefängnisinsassen der Zahl der Arbeitslosen hinzufügt. Laut einem Artikel von Tobias Kaiser in der ZEIT vom 5. 2. 2004 (S. 23) würde sich die deutsche Arbeitslosenrate bei Hinzurechnen der Gefängnisinsassen nur um 0,3 Prozentpunkte erhöhen. Da die Gefängnispopulation seit Mitte der 90er Jahre in den USA weiterhin erheblich stärker angestiegen ist als in D, würde der Korrektoreffekt heute noch stärker ins Gewicht fallen.

Auch bezüglich des britischen Jobwunders ist ein relativierender Hinweis angebracht: „Coincident with this decline in unemployment has been a rise in inactivity or non-employment rates among adult males. The inactive population are those who are not currently seeking employment but who are potentially available to work if circumstances change. (...) inactivity has risen dramatically in the UK in the 1990s among non-student men, most of whose status has changed from being unemployment benefit recipients to being classified as disabled or long-term ill" (O'Mahony in Floud/Johnson 2004: 117). Allerdings gibt es in jüngerer Zeit bei Großbritanniens Rentnern einen verstärkten Zustrom zum Arbeitsmarkt. Andererseits ist die Arbeitslosenrate in GB auch deshalb so stark gesunken, weil die Beschäftigung im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren stark zugenommen hat, während sie in Deutschland abgenommen hat (s. unten).⁹

Weder impliziert abnehmende Arbeitslosigkeit, dass die Zahl der Arbeitsplätze zugenommen hat, noch bedeutet zunehmende Arbeitslosigkeit, dass die Menge der Arbeitsplätze reduziert wurde; sie kann auch Folge eines erhöhten Angebots an Arbeitskräften sein. Tatsächlich hat sich die Zahl der Erwerbstätigen in Westdeutschland zwischen 1960 und 2002 von 26,2 Mill. auf 30,1 Mill. erhöht (Datenreport 2004, S. 96 f.). Dieser Zuwachs geht fast ausschließlich auf das Konto einer gestiegenen Erwerbsbeteiligung der Frauen (Näheres zu den Erwerbs- und Beschäftigungsquoten: s. unten). Die wesentlich höhere Arbeitslosenrate in Ostdeutschland (im Vergleich zu der in Westdeutschland) erklärt sich zum Teil daraus, dass dort mehr Frauen als in

⁹ Es kommen weitere Spezifika hinzu. So z. B. zitiert Paul Krugman in einem Beitrag für die New York Times das *Economic Policy Institute* mit der Schätzung, dass der Anstieg der Militärausgaben in den USA während der letzten vier Jahre 1,3 Mill. Arbeitsplätze im zivilen Bereich geschaffen habe (New York Times: Beilage zur Süddeutschen Zeitung v. 22. 8. 05).

Westdeutschland Arbeit suchen. Während die Erwerbsquoten¹⁰ für 15- bis 64-jährige Frauen ohne Kinder in beiden Regionen im Jahre 2000 etwa gleich hoch waren (60,0 % im Westen, 59,3 % im Osten) waren die Quoten für Frauen mit Kindern deutlich unterschieden: 65,1 % im Westen und 88,9 % im Osten. Deutlich geringer war dagegen die Differenz der Erwerbstätigenquoten in dieser Gruppe: 60,8 % im Westen, 71,3 % im Osten. Die Arbeitslosenquote lag im Osten also wesentlich höher, obwohl dort anteilmäßig mehr Frauen mit Kindern beschäftigt waren als im Westen (Statistisches Bundesamt, Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, 2003: 107).

Als besonders relevanter Indikator für soziale Exklusionsprozesse kann die Quote der Langzeitarbeitslosen (mit einer kontinuierlichen Arbeitslosigkeit von mehr als 12 Monaten) gelten. Auch hier ist der Niveauvergleich zwischen den verschiedenen Ländern durch unterschiedliche Definitionen und Erhebungsmethoden erschwert. Wenn man die EUROSTAT-Daten, die auf Bevölkerungsumfragen beruhen, zur Grundlage nimmt, erhält man für die Zeit ab 1992 das folgende Bild (Abb. 6a).

In dem Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik (in Verbindung mit einer einseitig den Faktor Arbeit belastenden Sozialversicherung) hat Deutschland möglicherweise sein größtes Strukturproblem. Die Langzeitarbeitslosigkeit (bezogen auf die Gesamtheit der Arbeitslosen) ist in den 90er Jahren auf rund 50 % angestiegen und hat sich einstweilen auf diesem Niveau stabilisiert, während sowohl in Schweden als auch in GB der Anteil der Langzeitarbeitslosen auf knapp 20 % gefallen ist.

Die nationalen Statistiken (Bundesagentur für Arbeit, Office for National Statistics (ONS), Statistiska Centralbyrån (SCB)) bieten ein teilweise anderes Bild (s. Abb. 6b).

¹⁰ Die Erwerbsquote gibt den Anteil der Erwerbspersonen innerhalb einer bestimmten Bevölkerung oder Gruppe an. Unter der Kategorie der „Erwerbspersonen“ werden die „Erwerbstätigen“ und die „Erwerbslosen“ zusammengefasst. Erwerbstätig („berufstätig“) sind alle Personen, die abhängig oder selbständig (einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen) voll- oder teilzeitig beschäftigt sind. Als „erwerbslos“ werden alle Nichtbeschäftigten bezeichnet, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt (bzw. der „Agentur für Arbeit“) registriert sind. Als „arbeitslos“ gelten nur diejenigen Personen, die beim Arbeitsamt als solche gemeldet sind (Datenreport 2004: 98).

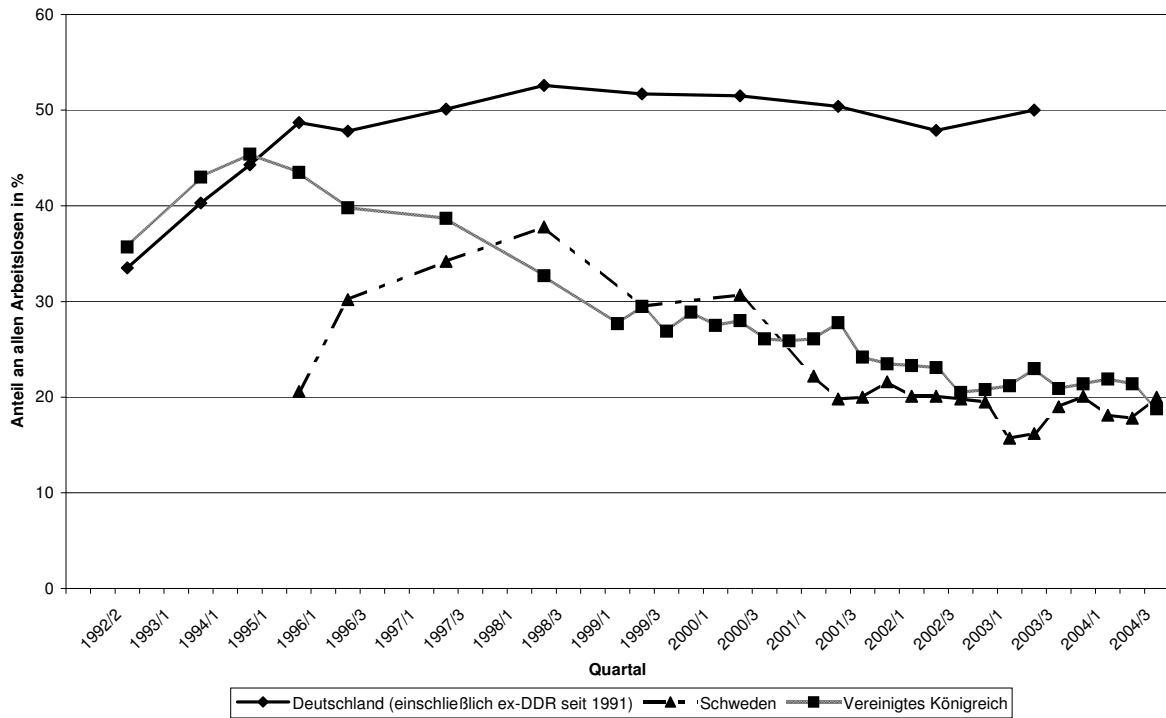


Abbildung 6a: Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen
 Quelle: EUROSTAT (2005).



Abbildung 6b: Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen (nationale Statistiken)
 Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Office for National Statistics, SCB.

Für D und SW werden nun Raten ausgewiesen, die etwa 10 Prozent unter denen von EUROSTAT liegen (was vor allem daran liegt, dass in den nationalen Statistiken auch sehr kurzfristige Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit dazu führen, die entsprechende Person nicht mehr als langfristig arbeitslos zu registrieren). Auch im Trendverlauf ergeben sich einige Abweichungen. Deutschlands Position ist erst seit Ende der 90er Jahre schlechter als die britische, und die Schere öffnet sich danach weniger weit als in den EUROSTAT-Daten. Schweden hatte vor der Krise Anfang der 90er Jahre eine deutlich geringere Quote als die beiden anderen Länder; sie pendelte um 5 Prozent (stieg allerdings Mitte der 80er Jahre kurzfristig auf über 10 % an). Gegen Ende der 90er Jahre wurden die Werte Großbritanniens fast erreicht; die Quote fiel dann aber (anders als bei EUROSTAT) wieder weit unter die britische, die um die Jahrtausendwende etwa doppelt so hoch war (die deutsche Rate betrug fast das Dreifache der schwedischen).

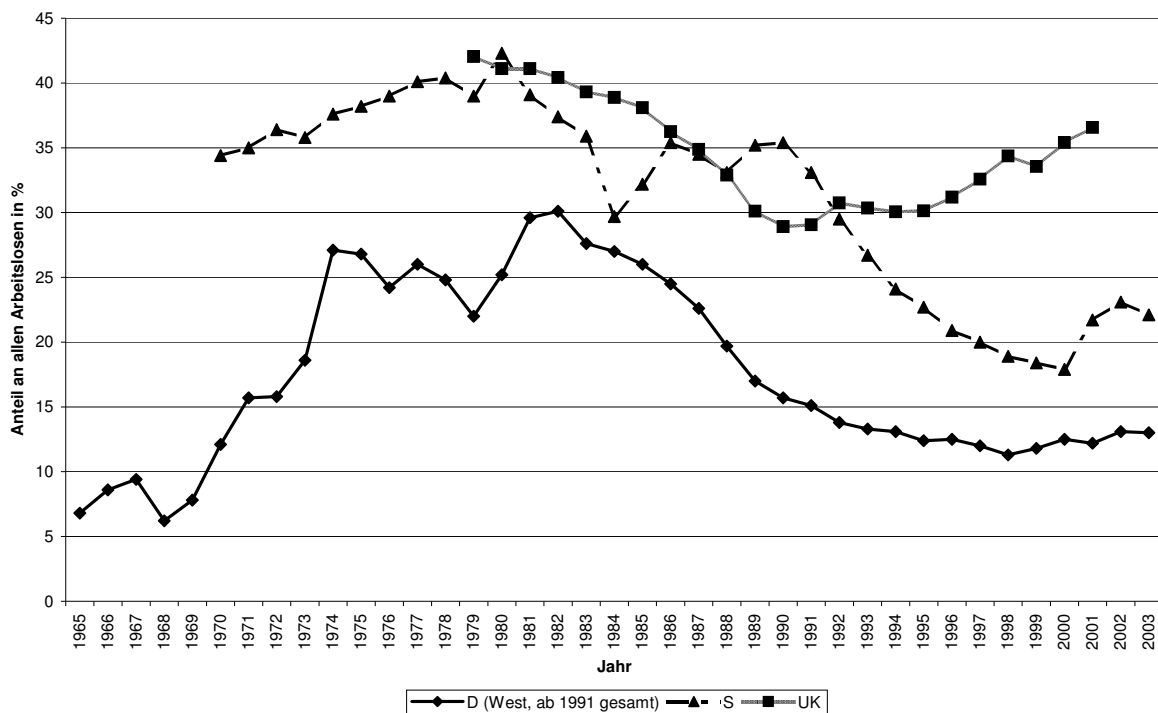


Abbildung 7: Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an allen Arbeitslosen

Quelle: OECD, Quarterly Labour Force Data, in: OECD (2005).

Ein besonders folgenreiches Exklusionspotential wird aufgebaut, wenn ein hoher Anteil von Jugendlichen keinen oder nur einen verzögerten Einstieg ins Berufsleben findet. In diesem Bereich allerdings steht Deutschland vergleichsweise gut da. Da für Schweden nur Daten für Jugendliche unter 25 Jahren vorliegen, präsentieren wir hier die OECD-Daten von 1970 bis 2000, die ebenfalls von dieser Altersstufe ausgehen (s. Abb. 7).

Im gesamten Zeitraum liegt der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in Deutschland erheblich niedriger als in Großbritannien und Schweden. In D wird Anfang der 80er Jahre ein Höchstwert von etwa 30 % der Gesamtquote erreicht, der bis Ende der 90er Jahre ziemlich kontinuierlich auf rund 12 % zurückgeführt wird. In Schweden wird 1981 ein maximaler Anteil von über 40 % erreicht, der aber nach der Krisenperiode Anfang der 90er Jahre auf etwa 18 % im Jahre 2000 zurückgeschraubt wird. Einen anderen Trendverlauf

beobachten wir für GB. Dort wird zwar die 1980 erreichte Rate von über 40 % ebenfalls bis 1990 auf unter 30 % abgesenkt; sie steigt dann aber erneut an und erreicht im Jahre 2000 wieder eine Marke von über 35 Prozent. Der Anteil arbeitsloser Jugendlicher dürfte allerdings in erheblichem Maße von der relativen Stärke der jeweiligen Geburtskohorten bestimmt sein, so dass kohortenspezifische Arbeitslosenraten (wie sie die nationalen statistischen Ämter liefern) aussagekräftiger sind (s. Abb. 8).

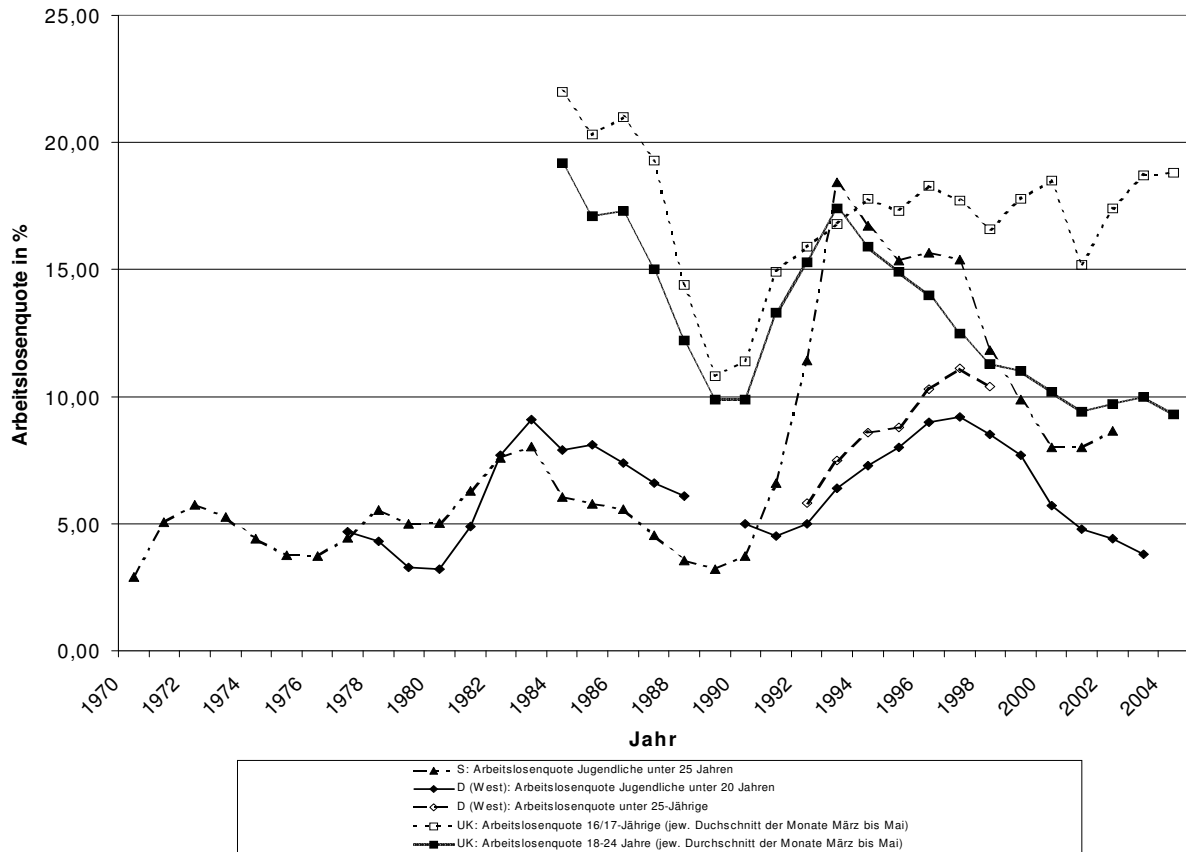


Abbildung 8: Arbeitslosenquoten für Jugendliche

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Office for National Statistics, SCB.

Die Arbeitslosenrate der Jugendlichen in Schweden verläuft ziemlich parallel zu der Rate der Gesamtarbeitslosigkeit, allerdings auf einem höheren Niveau (vgl. Abb. 5). Nach der Krise Anfang der 90er Jahre (mit einem Spitzenwert von über 18 %) scheint sich die Rate auf einem Niveau von 8 bis 9 % stabilisiert zu haben. Auch in Deutschland, wo Daten für Jugendliche unter 20 Jahren ab 1977 vorliegen, folgt der Trend in etwa der Rate der Gesamtarbeitslosigkeit. Die für die 90er Jahre verfügbare Arbeitslosenquote für Jugendliche unter 25 Jahren deutet darauf hin, dass das Niveau für die Altersgruppe zwischen 20 und 25 Jahren deutlich höher liegt als für die unter 20-Jährigen, vermutlich auch über dem Niveau der gesamten Arbeitslosigkeit. Für GB liegen getrennte Statistiken für die 16 bis 17-Jährigen und die 18- bis 24-Jährigen vor, allerdings erst ab 1984. Bis 1993 verlaufen die Trends der beiden Gruppen in etwa parallel, gehen dann aber deutlich auseinander. Die Gruppe der 16- bis 17-Jährigen verharrt bis 2004 auf einem sehr hohen Niveau zwischen 15 und 20 Prozent. Bis zur Jahrtausendwende ist die Arbeitslosenrate der 18 bis 24-Jährigen rückläufig und scheint sich seitdem auf einem Niveau

von knapp 10 Prozent zu stabilisieren, einer Rate, die fast doppelt so hoch ist wie die Gesamtrate in GB. Die OECD („A caring world“, 1999:) präsentiert für 17 Länder (leider nicht für Schweden) Daten über den Anteil der 20- bis 24-Jährigen, die ohne Arbeit sind *und* auch nicht zur Schule gehen. Für Deutschland liegt dieser Wert 1984 bei ca. 15 Prozent, 1994 bei etwa 13 Prozent; für GB werden doppelt so hohe Quoten genannt, knapp 28 % (1984) und 26 % (1994). Noch stärker sind (bei niedrigerem Niveau) die Unterschiede bei den 15- bis 19-Jährigen. In D geht der Anteil von knapp 4 (1984) auf ca. 2,5 % (1994) zurück, in GB liegt er in beiden Jahren bei über 15 Prozent (ebd., S. 86). Eichhorst et al. (2001: 78) präsentieren die Arbeitslosenquoten von Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren im Durchschnitt der Jahre 1996-2000: 17,6 % für Schweden, 12,9 % für Großbritannien, 10,6 % für die USA, 8,7 % für Deutschland. Die Arbeitslosigkeit ist in Deutschland im gleichen Zeitraum dagegen wesentlich höher bei den Älteren (55-64 Jahre) mit 14, 1 % (SW 7,1 %; GB 5,6 %; USA 2,8 %) sowie bei den Geringqualifizierten mit 15,0 % (GB 10,9 %; SW 10,1 %; USA 9,3 %) (ebd., S. 78 f.).

4. Beschäftigungsstrukturen

4.1 Arbeitszeitvolumen und Beschäftigungsquoten

Wie oben schon erläutert, liegt das Arbeitsvolumen aller Beschäftigten in den europäischen Ländern deutlich unter dem US-amerikanischen. Abb. 9 zeigt die Entwicklungstendenzen in den jeweiligen Ländern ab 1960.

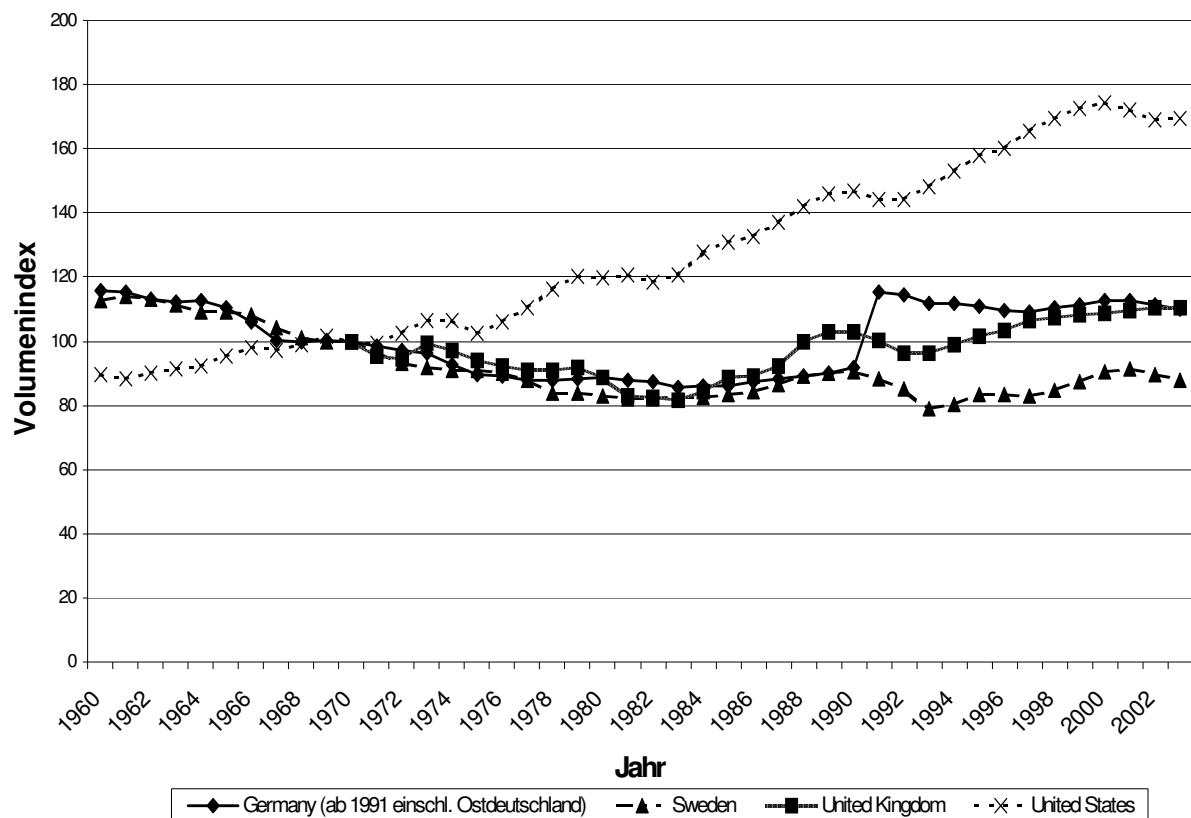


Abbildung 9: Entwicklung der Arbeitszeitvolumina (Index 1970=100)

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten der OECD (2005)).

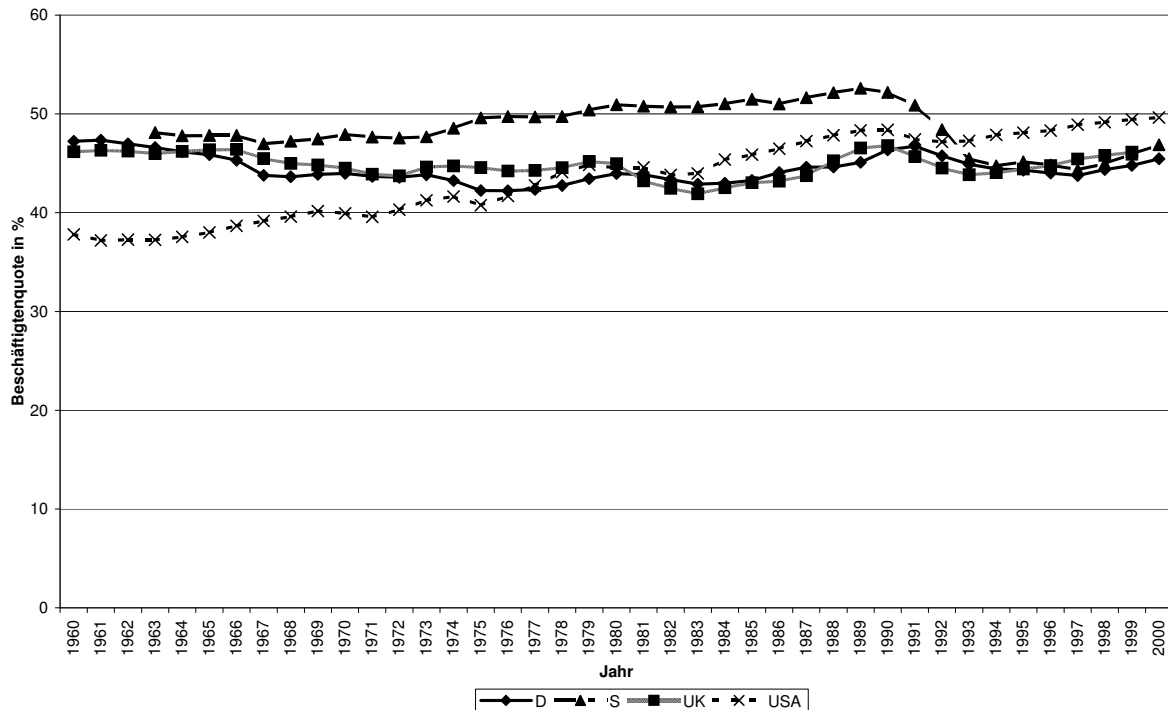


Abbildung 10: Beschäftigtenquoten

Quelle: OECD (2005).

Seit den 60er Jahren hat sich die Schere zwischen den USA einerseits und D, GB und SW andererseits immer weiter geöffnet. Die europäischen Länder zeigen einen rückläufigen Trend bis Mitte der 80er Jahre. In GB nimmt das Arbeitszeitvolumen seitdem wieder zu, wenn auch nicht so stark wie in den USA. Die für Deutschland registrierte Niveaushiftung Anfang der 90er Jahre ist lediglich ein Effekt der Wiedervereinigung. Auch in Schweden ist der Anstieg in den letzten zwei Jahrzehnten bestenfalls geringfügig. In das Arbeitsvolumen gehen vor allem zwei Komponenten ein: die Beschäftigtenquote und die durchschnittliche Arbeitszeit der Beschäftigten. Abb. 10 gibt die Beschäftigungsquote als Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung wieder, Abb. 11 die jährlichen Arbeitszeitstunden, die eine beschäftigte Person im Durchschnitt gearbeitet hat.

Schweden hatte bis Anfang der 90er Jahre den höchsten Anteil an Beschäftigten (etwas über 50 %); erst danach sind die USA in Führung gegangen, die einen relativ kontinuierlichen Aufwärtstrend seit Anfang der 60er Jahre aufweisen. Zur Jahrtausendwende liegt Deutschland nur knapp unter den Marken von SW und GB. In diesen drei Ländern unterscheidet sich die Beschäftigungsquote im Jahre 2000 nur geringfügig von derjenigen der 60er Jahre. Wenn man den Anteil der Beschäftigten an der erwerbsfähigen Bevölkerung betrachtet, ergeben sich leichte Verschiebungen. Die USA gehen Anfang/Mitte der 90er Jahre in Führung, SW und GB fallen nur leicht zurück, die Quoten liegen zwischen ca. 75 und 70 Prozent. Deutschland liegt etwas darunter mit einer Quote von ca. 68 %, gegenüber knapp 70 % im Jahre 1960 und 61 % Mitte der 80er Jahre (Westdeutschland).

In allen vier Ländern werden heute weniger Stunden gearbeitet als vor fünfzig Jahren. In den drei europäischen Ländern ist dieser Rückgang wesentlich stärker ausgeprägt als in den USA; am weitest ist er in Deutschland, das 1950 die höchste und 2003 die niedrigste Arbeitszeit

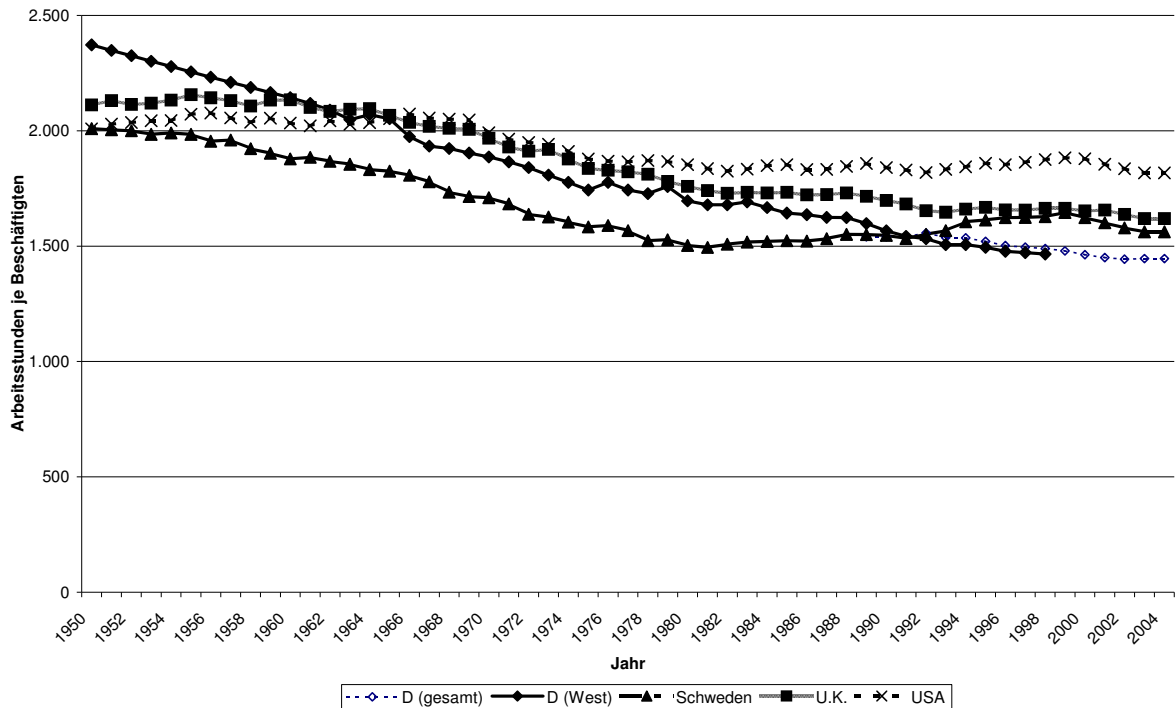


Abbildung 11: Arbeitsstunden pro beschäftigte Person

Quelle: Groningen Growth and Development Centre and The Conference Board, Total Economy Database, Januar 2005, <http://www.ggdc.net>.

unter den vier Ländern verzeichnete. Im Jahr 2003 ist die Reihenfolge: USA (1864 Std.), GB (1619), SW (1562), D (1446).¹¹ Während in Deutschland ein ziemlich kontinuierlicher Abwärtstrend auszumachen ist, ist für Schweden ein Trendumkehr Mitte der 80er Jahre zu beobachten. Allerdings ist auch in Schweden der Anteil der beschäftigten älteren Männer in den letzten Dekaden deutlich zurückgegangen, auch wenn er weiterhin über den entsprechenden Beschäftigungsquoten anderer Länder liegt. Während 1970 noch über 75 % der 60- bis 64-Jährigen beschäftigt waren, wurde Mitte der 90er Jahre nur noch eine Quote von knapp über 50 % registriert, die bis zum Jahre 2000 relativ stabil blieb (OECD 2005). Die britische Quote liegt zu diesem Zeitpunkt leicht darunter und lag auch 1985 (frühere Daten liegen uns nicht vor) nur wenig über 50 Prozent. In Westdeutschland gibt es eine rapide Abwärtsentwicklung von 70 % Anfang der 70er Jahre bis ca. 30 % Mitte der 80er Jahre, ein Niveau, das in dem folgenden Jahrzehnt beibehalten wird.

Für das wohlfahrtsstaatliche System in Deutschland besonders wichtig ist auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Deren Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten verläuft bis 1992 ziemlich konstant um 77 bis 78 Prozent. Ab 1992 zeichnet sich (vor allem in

¹¹ Die Differenz zwischen tarifvertraglich vereinbarten und tatsächlich geleisteten Wochenarbeitsstunden ist besonders groß in GB. Die tariflich festgelegte Arbeitszeit betrug dort im Jahre 2002 wöchentlich 37,2 Stunden (in D 37,0), die tatsächliche 43,3 (in D 39,9, was dem EU-Durchschnitt entspricht). (Lehndorff 2003 auf der Basis der Europäischen Arbeitskräftestichprobe.)

Ostdeutschland) ein Abwärtstrend ab, der aber zyklisch verläuft. Für die BRD werden im September 1995 insgesamt 28,4 Mill. Sozialversicherungspflichtige gezählt, im September 2003 (vorläufiges Ergebnis) noch 27,2 Mill. (nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit, Datenzentrum). Zur Teilzeitbeschäftigung siehe den Schluss von Abschn. 4.4.

4.2 Sektorale Entwicklung

Mehr noch als die Beschäftigungsniveaus sind die Veränderungen in den Beschäftigungsstrukturen eine zentrale Komponente des sozialen Wandels, mit der einschneidende Veränderungen in den alltäglichen Lebensverhältnissen einhergehen. 1950 lag der Anteil der im Agrarsektor beschäftigten westdeutschen Erwerbstätigen noch bei rund 25 % (StBA). Diese Quote sank innerhalb von 10 Jahren auf etwa 14 % und entsprach damit der schwedischen Quote. Auch der weitere Rückgang vollzog sich in beiden Ländern kontinuierlich und weitgehend parallel; im Jahr 2000 wurden Quoten um 2,5 Prozent erreicht. In GB lag die Quote schon 1960 unter der 5-Prozent-Marke; bis zum Jahre 2000 wurde sie nochmals halbiert. Bei der Interpretation der Beschäftigungsanteile im sekundären und im tertiären Sektor ist darauf zu achten, ob die Zuordnung „institutionell“ (über das Unternehmen bzw. den Betrieb) oder "funktional" (auf der Basis der jeweiligen beruflichen Tätigkeit) erfolgt; denn auch im institutionell-sekundären Sektor fallen zunehmend Dienstleistungen an. Internationale Vergleiche stützen sich aber in der Regel auf institutionelle Kriterien (s. Abb. 12 und 13), da für die funktionale Betrachtung eine einheitliche Datenbasis fehlt.

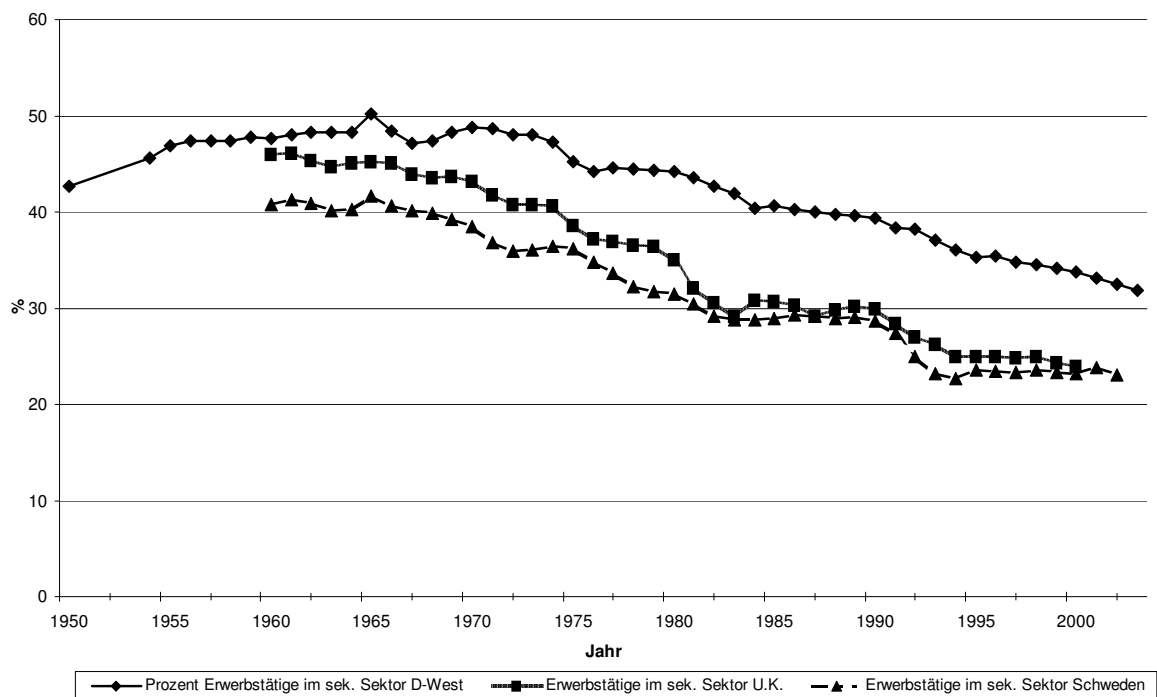


Abbildung 12: Entwicklung der Beschäftigungsquoten im sekundären Sektor

Quellen: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für das Ausland; OECD; Comparative Welfare States Data Set (Huber et al. 2004; Primärquellen: OECD, ECO-SANTE).

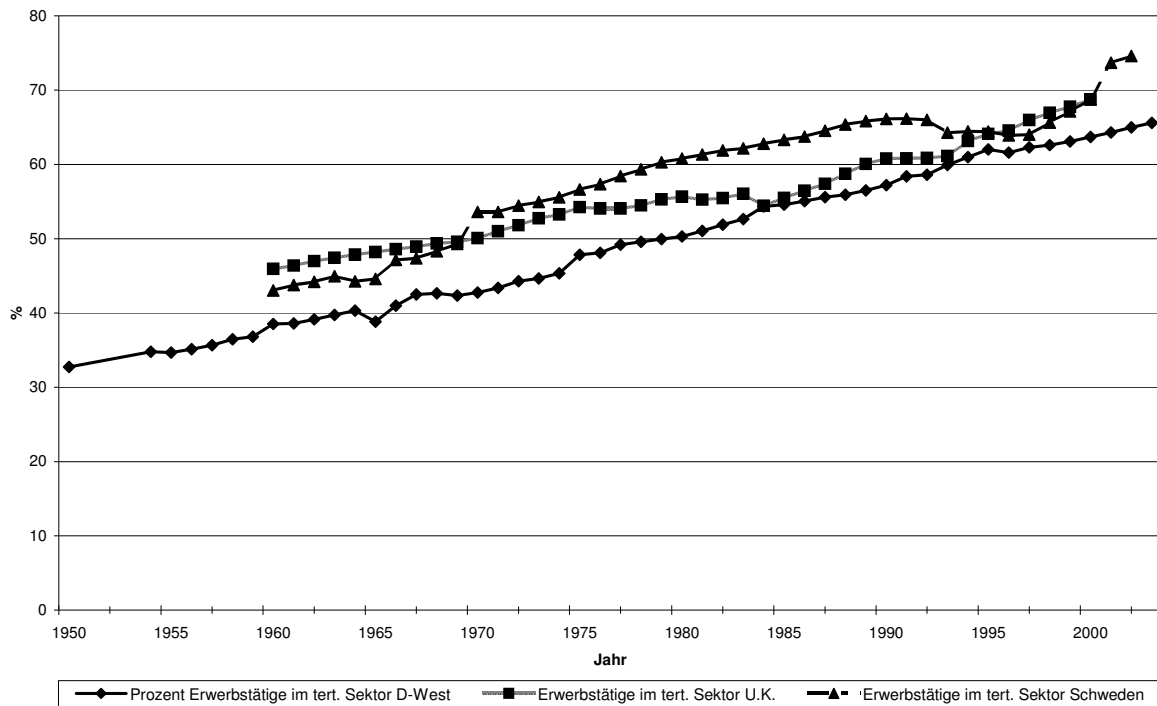


Abbildung 13: Entwicklung der Beschäftigungsquote im tertiären Sektor

Quellen: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für das Ausland; OECD; Comparative Welfare States Data Set (Primärquellen: OECD, ECO-SANTE).

Die Beschäftigtenanteile für die einzelnen Sektoren vermitteln lediglich eine grobe Orientierung auch insofern, als hier Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigte gleichermaßen in die Rechnung mit eingehen. Generell gilt, dass zum Ende des 20. Jahrhunderts in den ökonomisch hoch entwickelten Ländern Industrie und Handwerk so stark an der Erwerbstätigkeit beteiligt sind wie zu dessen Beginn, nämlich zu etwa einem Drittel (s. Ambrosius 2001: 60); das ist auch die Marke, die Deutschland erreicht hat, während die Quote in Schweden und Großbritannien auf etwa ein Viertel zurück gegangen ist. Im tertiären Sektor steigt auch in Deutschland die Beschäftigtenquote auf über 60 % in den 90er Jahren an; die entsprechenden Quoten in GB und SW liegen ca. 10 bzw. 15 Prozent darüber. Abweichend von dem, was der Begriff der „Industriegesellschaft“ nahelegt, ist Folgendes zu beobachten: "Nicht wenige europäische, vor allem aber die entwickelten außereuropäischen Länder erlebten keine Phase, in der die meisten Menschen in der Industrie beschäftigt waren und der größte Teil der Wertschöpfung in der Industrie entstand. In ihnen wurde die Landwirtschaft unmittelbar vom Dienstleistungssektor als bedeutendster Wirtschaftsbereich abgelöst" (ebd., S. 61). Westdeutschland erreichte die 50-Prozentmarke bei der Beschäftigung im sekundären Sektor Mitte der 60er Jahre; seit Mitte der 70er Jahre ist diese Quote relativ stetig auf inzwischen etwas über 30 % zurück gegangen. Bei einer funktionell-beruflichen Betrachtung nach Fertigungstätigkeiten einerseits und Dienstleistungen andererseits, verschwindet die vermeintliche Über-Industrialisierung in Deutschland noch weiter: Laut Ambrosius (2001: 59 f.) sind im Jahre 2000 80 % der deutschen Beschäftigten im Dienstleistungsbereich tätig.

Wenn man statt der Erwerbstätigen- die Wertschöpfungsanteile heranzieht, ändert sich das Bild

noch stärker: "Während in fast allen Industrieländern seit den 1970/80er Jahren der Industrieanteil an der nominalen Wertschöpfung weiter sank, der an der realen dagegen konstant bleibt, ging hier [in Deutschland, H.T./C.B.] auch letzterer zurück. Deutschland war das einzige OECD-Land, in dem die Produktivität im unternehmerischen - nicht im staatlichen - Dienstleistungssektor seit den 1980er Jahren schneller wuchs als im verarbeitenden Gewerbe" (ebd., S. 60). Fertigungs- und Dienstleistungstätigkeit werden aber, wie schon erwähnt, fortlaufend enger miteinander verknüpft; auch im Waren produzierenden Gewerbe liegt der Anteil der Dienstleistungstätigkeiten mittlerweile bei über 50 % (ebd., S. 63); andererseits ist auch die Dienstleistungsproduktion in erheblichem Maße "sekundarisiert", liefert die Industrie für sie Vorleistungen. "Generell wird man feststellen können, daß am Ende des 20. Jahrhunderts angesichts veränderter Produkte, Fertigungsprozesse und Unternehmensorganisationen institutionelle und selbst funktionelle Zuordnungen von Gütern und Tätigkeiten nach Sektoren und Branchen nur noch bedingt Sinn machen" (ebd., S. 64). Ambrosius hält es für fruchtbarer, zwischen einem 'modernen' und einem 'traditionellen' Sektor zu unterscheiden, wobei letzterer landwirtschaftliche Familienbetriebe, kleingewerbliches Handwerk, Kleinbetriebe in Handel, Verkehr und Dienstleistungen sowie die Hauswirtschaft umfassen soll. Sein vorherrschendes Ziel war die Bedarfsdeckung, die Bedeutung der Lohnarbeit war relativ gering, Lebens- und Arbeitswelt waren eng miteinander verknüpft. "In den 1920er Jahren war noch die Hälfte aller Erwerbstätigen hier beschäftigt. Am Anfang der Bundesrepublik waren es immer noch 40 Prozent, und erst im Zuge des dramatischen Strukturwandels in den 1950/60er Jahren ging der Anteil auf unter 20 Prozent zurück" (ebd., S. 63; vgl. Lutz 1984). Diese Beobachtung ist für unser Thema besonders wichtig, da sie die Vermutung stützt, dass ein tiefgreifender (anomie-trächtiger) sozialer Wandel den in den 50er/60er Jahren einsetzenden Anstieg der Gewaltkriminalität ausgelöst haben könnte.

Die Verlagerung der Beschäftigung in den Dienstleistungssektor ist aus zwei Gründen besonders bedeutsam. Erstens, ist die Beschäftigung in diesem Bereich stärker individualisiert als im ersten und zweiten Sektor. Zweitens lassen sich bestimmte Arten von Dienstleistungen im Vergleich zur Güterproduktion im primären und sekundären Sektor nur begrenzt rationalisieren; das gilt vor allem für die personenbezogenen Dienstleistungen im Sozialbereich. Sie werden relativ um so teurer, je größer die Rationalisierungsfortschritte in den beiden ersten Sektoren sind. „Von daher resultiert eine zwangsläufige Tendenz zur Kostenexpansion im Bereich des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, sofern man nicht erhebliche Qualitätsverschlechterungen in Kauf nehmen will ... (O)hne eine öffentlich geregelte Finanzierung ... wären große Bevölkerungseile aus Kostengründen von diesen Leistungen ausgeschlossen" (Kaufmann 1997: 55 f.) - auch daran muss man Sozialstaatkritiker gelegentlich erinnern. Aber auch die Dienstleistungen in manchen anderen Bereichen werden zunehmend schlechter, weil Personal auch dort eingespart wird, wo Automaten und Computer dessen Funktion nicht vollwertig übernehmen können (man denke nur an die schrecklichen Sprachcomputer in einigen Callcentern).

4.3 Öffentlicher und privater Sektor

Die Rede über den "aufgeblähten Staatsapparat" in Deutschland stützt sich unter anderem auf Zahlen über den Anteil der Arbeitnehmer, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Es mag

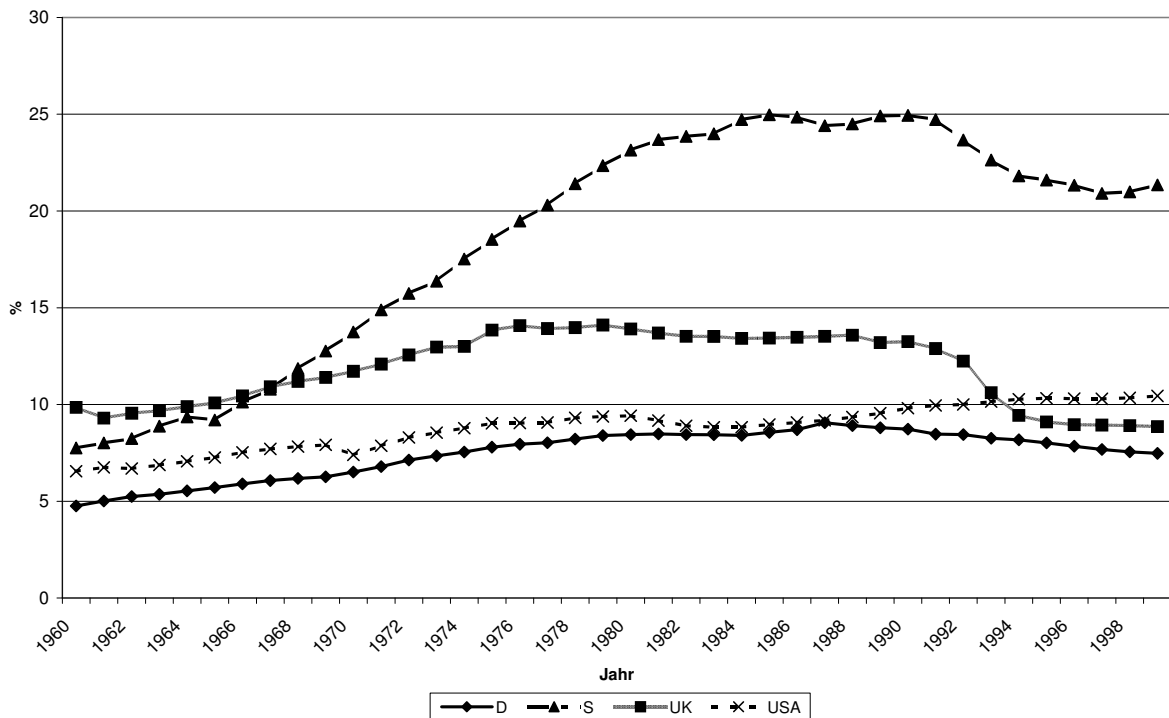


Abbildung 14: Beschäftigte im zivilen öffentlichen Dienst (Anteil an der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren)

Quelle: Comparative Welfare States Data Set (Primärquelle: Cusack 2004).

deshalb überraschen, dass dieser Anteil in Deutschland besonders niedrig ist (s. Abb. 14).¹²

Zwar nimmt er zwischen 1960 und Mitte der 1980er Jahre von knapp fünf auf neun Prozent zu, ist aber seitdem rückläufig, anders als bspw. in den USA, deren Quote seit Beginn unseres Beobachtungszeitraums über der deutschen liegt. In GB lag der Anteil der öffentlichen Bediensteten bis Anfang der 1990er Jahre deutlich höher als in den USA und in der BRD; er ist dann zwar rapide abgebaut worden, liegt aber weiterhin über dem Anteil in Deutschland und ist nach 1998 wieder angestiegen; bis zum Jahre 2004 sind hier fast 600.000 Arbeitsplätze neu entstanden (*Office for National Statistics*). Schweden nimmt in diesem Bild eine Sonderstellung ein. Sein Anteil lag bis Ende der 60er Jahre unterhalb des britischen Niveaus, kletterte dann aber (mit dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates) steil nach oben und erreichte Mitte der 80er Jahre die 25-Prozent-Marke. In der Krisenphase Anfang der 90er Jahre wurde diese Entwicklung korrigiert; der Anteil liegt aber weiterhin über 20 Prozent.

4.4 Frauenerwerbsquote

Die stärkere Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsmarkt gilt allgemein als einer der wichtigsten Aspekte des sozialen Wandels in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die französische Soziologin Margaret Maruani wertet die "Feminisierung der Arbeitswelt" als "eine

¹² Zur Definition des „civil government employment“ s. OECD (1997: 6).

der größten sozialen Veränderungen am Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts" (zitiert nach Geißler 2002: 372). Diese Bemerkung bezieht sich allerdings nicht so sehr auf den schieren Umfang der weiblichen Erwerbsbeteiligung, sondern eher auf deren Struktur. Im Jahre 1925 betrug in Deutschland die Erwerbsquote der Frauen im erwerbsfähigen Alter (16 bis unter 60 Jahren) 48,9 Prozent; dies war exakt die gleiche Quote wie 1960 in der BRD, die bis 1980 auch lediglich auf 52,9 % anstieg (Willms 1983: 35). Wichtig ist, dass die Erwerbsbeteiligung heute über breitere soziale Schichten gestreut ist und vor allem, dass verheiratete Frauen stärker einbezogen sind. Die Erwerbsquote der verheirateten Frauen betrug 1925 nur 29,1 % und erreichte 1980 48,3 %; bei den „marktbezogen“ erwerbstätigen Frauen (außerhalb der Hauswirtschaft) betrug ihr Anteil 1925 nur 15,6 % und stieg bis 1980 auf 57 Prozent (ebd.).

Im internationalen Vergleich bleibt die Bundesrepublik bei der Entwicklung der Frauenerwerbsquote seit Mitte der 70er Jahre aber hinter den anderen der hier betrachteten Länder zurück¹³ (s. Abb. 15).

Zwar überschreitet die Quote auch in Deutschland Ende der 90er Jahre die 60-Prozent-Marke,

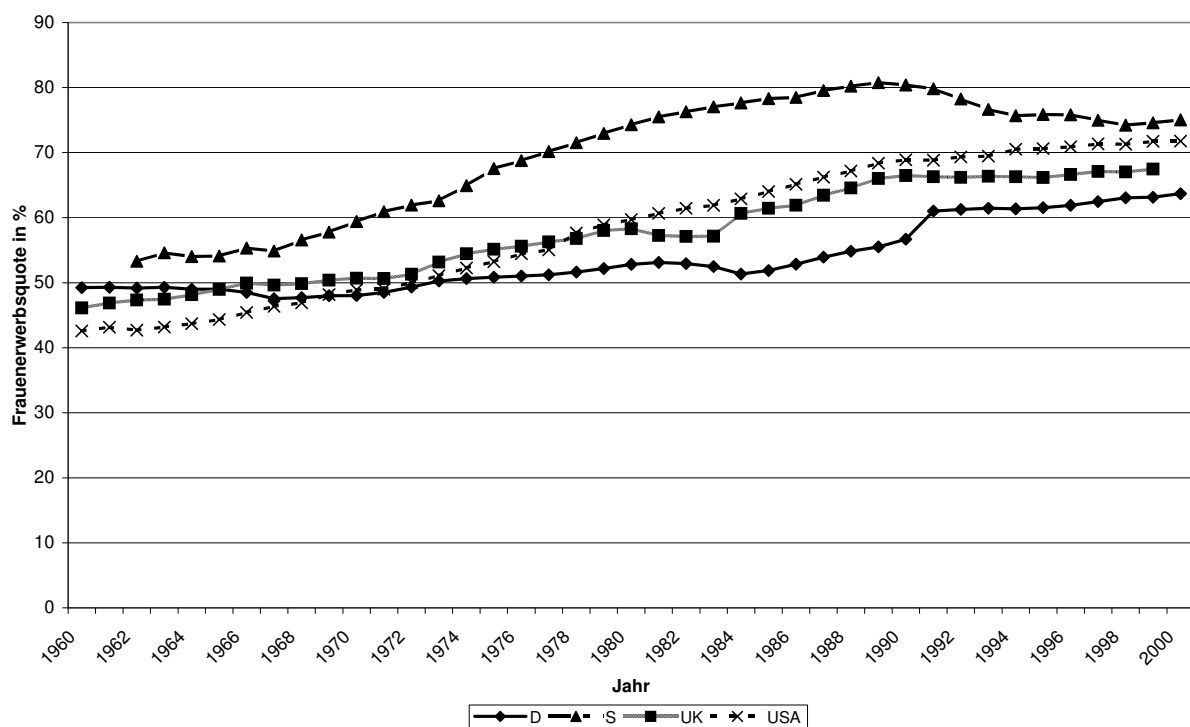


Abbildung 15: Erwerbstätigenquote der Frauen

Quelle: Comparative Welfare States Data Set (Primärquellen: OECD, ECO-SANTE).

¹³ Im Vergleich mit den EU-Ländern insgesamt ist die Beschäftigungsquote der Frauen in Deutschland im Jahre 2002 leicht überdurchschnittlich (Zahlenangaben in Hradil 2004: 105, 177).

liegt damit aber weiterhin um ca. 10 % hinter den anderen Ländern zurück.¹⁴ In Schweden stieg die Quote Ende der 80er Jahre sogar auf 80 % an; fiel dann aber in den 90er Jahren auf unter 75 % zurück. Die Entwicklung der Frauenerwerbsquote verläuft hier weitgehend parallel zur Entwicklung der Beschäftigungsquote im öffentlichen Dienst (s. oben), auch bei der deutlichen Trendkorrektur Anfang der 90er Jahre. Vor allem die Quote der vollzeitbeschäftigten Frauen (mit mindestens 30 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit) ist in Schweden deutlich höher als in GB und D; in SW lag sie 1990 bei 45 %, fiel dann auf knapp 40 % zurück, stieg aber bis zum Jahre 2000 wieder auf über 42 % an. In Deutschland wie in Großbritannien lag diese Quote zur Jahrtausendwende bei ca. 29 %.

Eine völlig andere Situation als in der früheren BRD war in der DDR gegeben; 1990 gingen 92 % der 25- bis 60jährigen Frauen (ohne Studentinnen) einer Erwerbstätigkeit nach; die Frauen trugen zu etwa 40 % zum Haushaltseinkommen von Paaren bei (Geißler 2002: 372).

Wie schon erwähnt, vollzieht sich der Anstieg der Frauen-Erwerbsquote vor allem dadurch, dass Mütter häufiger als früher einer bezahlten Arbeit nachgehen, wobei das Alter der Kinder eine erhebliche Rolle spielt: "2000 waren von den westdeutschen Müttern mit Kleinkindern (unter 4 Jahren) 15 % erwerbstätig, mit 4- bis 11-jährigen 50 % und mit älteren Kindern 12 bis 16 Jahre 72 %" (Geißler 2002: 373, eine Arbeit von Holst/Schupp zitierend). Die steigende Erwerbsquote der Frauen sollte nicht über einige markante Unterschiede in der Qualität der Beschäftigung hinwegtäuschen. "Zum einen existieren geschlechtsspezifisch geteilte Arbeitsmärkte, die für Frauen im Durchschnitt schlechtere Arbeitsbedingungen, niedrigere Einkommen, ein niedrigeres Sozialprestige, höhere Armuts- und Arbeitsplatzrisiken und manchmal auch unfreiwillige Teilzeitarbeit mit sich bringen. Zum anderen stoßen Frauen auf erhebliche Hindernisse beim Aufstieg in die höheren Etagen der Berufshierarchie" (Geißler 2002: 373). Erwerbstätige Frauen mit Kindern gehen - zumindest in Deutschland - eher einer Teilzeit- als einer Vollzeitbeschäftigung nach, auch wenn die Kinder über 15 Jahre alt sind. Während zwischen 1972 und 2000 der Anteil der vollzeitbeschäftigten Mütter zurückgegangen ist (vor allem bei Kindern unter 6 Jahren), hat der Anteil der teilzeitbeschäftigten Mütter mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von bis zu 20 Stunden erheblich zugenommen: 15 % bei Kindern unter 6 Jahren, über 24 % bei Kindern zwischen 6 und 14 Jahren (Statistisches Bundesamt, Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik, 2003: 111f.). Insgesamt waren im Jahre 2000 in den alten Bundesländern die Frauen zu 38 % teilzeitbeschäftigt, in den neuen Bundesländern lediglich zu 23 % (Geißler 2002: 373). Dagegen liegt der Anteil der teilzeitbeschäftigten Männer (Ost und West) in dieser Zeit nur bei 4,8 %, während es im OECD-Durchschnitt 8,4 % sind (Eichhorst et al. 2001: 286). Die Teilzeitquote lag im Jahre 2000 in GB bei 23,0 % (Frauen 40,8; Männer 8,4), in D bei 17,6 %; in SW bei 14,0 % (Frauen 21,4; Männer 7,3), in den USA bei 12,8 % (Frauen 18,2; Männer 7,9) (ebd., S. 293). „Die effektive Arbeitszeit von Teilzeitkräften lag 1999 in Deutschland mit rund 18 Wochenstunden deutlich unterhalb des europäischen Durchschnitts mit fast 21 Stunden" (ebd., S.: 39, vgl. S. 295). Obwohl in Schweden relativ wenige Arbeitnehmer teilzeitbeschäftigt sind, ist dort der Anteil der unfreiwillig teilzeitbeschäftigten mit 32,0 % deutlich höher als in Deutschland (13,3 %) und Großbritannien (12,2 %) (ebd., S. 296; Angaben für das Jahr 1997).

¹⁴ Hradil (2004: 104) zitiert Daten des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, die von den OECD-Daten erheblich abweichen.

4.5 Selbständigenquote

Auch bei der Selbständigenquote sind deutliche Differenzen zwischen den einzelnen Ländern erkennbar, sowohl im Niveau als auch in den Entwicklungstendenz (s. Abb. 16).

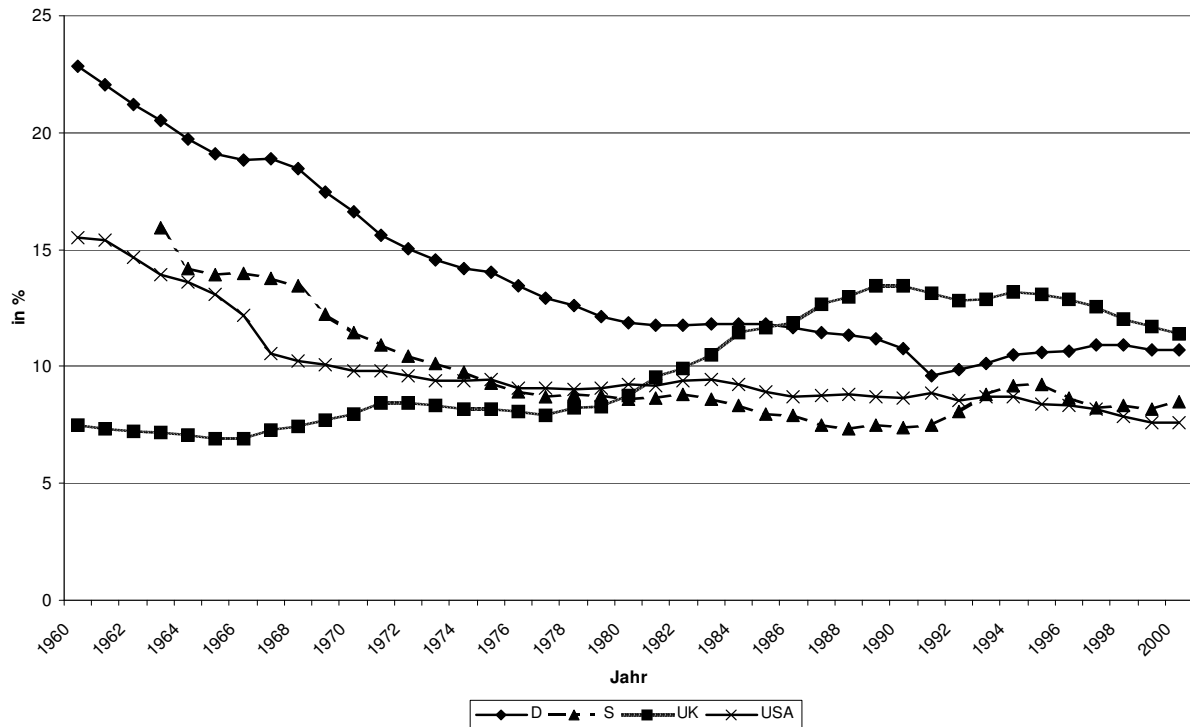


Abbildung 16: Selbständigenquote bezogen auf alle Beschäftigten
Quelle: OECD (2005).

GB beginnt 1960 mit der niedrigsten Quote; sie ist mit etwa 7,5 % nur halb so hoch wie die Quote in den USA, und Schweden; die Quote in Deutschland (mit einem zunächst noch sehr hohen Anteil des Agrarsektors) liegt zu dieser Zeit bei 23 %. Diese drei Länder folgen sodann einem Abwärtstrend, die USA anfangs stark, später abgeschwächt, aber einigermaßen durchgängig bis zum Jahre 2000, Schweden bis 1990, Deutschland bis 1991. Schweden und Deutschland stoppen diesen Abwärtstrend Anfang der 90er Jahre. Zur Jahrtausendwende haben die USA mit etwa 7,5 % die niedrigste Selbständigenquote, Schweden liegt leicht darüber, Deutschland und Großbritannien liegen über der 10-Prozent-Marke. Dabei hat GB (mit einem niedrigen Ausgangsniveau beginnend) einen rasanten Aufwärtstrend seit Ende der 60er Jahre vollzogen, der aber in den 90er Jahren zum Erliegen kommt und in eine leichte Abwärtstendenz übergeht.¹⁵

¹⁵ Die hier vorgestellten OECD-Daten stimmen in einigen Punkten nicht mit denen überein, die von Meager/Bates (2002: 301) auf EUROSTAT-Basis präsentiert werden.

5. Entwicklung der Arbeitskosten

Für hohe Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche in Deutschland werden immer wieder die, wie es heißt, besonders hohen Arbeitskosten verantwortlich gemacht. H.-W. Sinn (2004: 108) klagt z. B.: „Deutschlands Industrie hat mit Ausnahme Norwegens und der Schweiz die höchsten Arbeitskosten der Welt.“ Allerdings gibt es in der gegenwärtigen Reformdebatte kaum einen anderen Themenbereich (abgesehen von der Steuer- und Abgabenbelastung, s. unten), in dem die eingesetzten Berechnungsmethoden und Aussagen ebenso verwirrend vielfältig, ja widersprüchlich wären wie hier. Selbst in der einschlägigen Fachliteratur gibt es keine eindeutige und einvernehmliche Definition des Begriffs „Arbeitskosten“ (DIW Wochenbericht Nr. 14/2004). Sinn (2004) präferiert z. B. die „absoluten“ Lohnkosten und bezieht sich vorwiegend auf das verarbeitende Gewerbe; das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) präferiert dagegen gesamtwirtschaftliche Lohnstückkosten,¹⁶ fragt also nicht nur nach dem Betrag, den eine Arbeitsstunde durchschnittlich kostet, sondern relativiert ihn an der Produktivität der eingesetzten Arbeitskraft. Nach fast allen Quellen steht Deutschland bei den Gesamtkosten pro Arbeitsstunde unter den EU-Ländern mit an der Spitze; die positiven oder negativen Abstände zu Dänemark, Schweden und einigen anderen Ländern variieren; die für GB ausgewiesenen Kosten liegen stets unter diesem Niveau.¹⁷ Werden jedoch die *monatlichen* Bruttoarbeitskosten angegeben, liegt GB in einigen Veröffentlichungen vor D, ohne dass diese Differenz durch die unterschiedlichen Arbeitsstunden pro Monat zu erklären wäre.¹⁸ Wie auch immer, uns scheint die langfristige Entwicklung der Lohnkosten relativ zur Menge der

¹⁶ Sowohl die Lohnstückkosten als auch die absoluten Lohnkosten haben im verarbeitenden Gewerbe in Westdeutschland seit 1980 stärker zugenommen als in der Gesamtwirtschaft. Das nominale Arbeitsentgelt je Stunde lag 2002 im produzierenden Gewerbe (ohne Bauwirtschaft) bei knapp 30 €, in der Gesamtwirtschaft bei ca. 24 € (DIW Wochenbericht Nr. 14/2004, S. 164).

¹⁷ DER SPIEGEL (17/2005, S. 90) zitiert unter Berufung auf Daten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) für das verarbeitende Gewerbe im Jahre 2003 z. B. folgende Zahlen: 27,1 € in Westdeutschland, 16,9 € in Ostdeutschland, 18,7 € in GB. Der Abstand zwischen D und GB erscheint in ganz anderem Licht, wenn man die von EUROSTAT präsentierten Zahlen für das gleiche Jahr heranzieht (Internet-Abruf v. 9.8.05) : 27,93 € für D; 23,56 € (nach 25,24 € im Jahre 2002) für GB. Der drastisch geringere Abstand zu GB lässt sich auch nicht dadurch erklären, dass sich die EUROSTAT-Daten auf die Gesamtwirtschaft (und nicht nur auf das verarbeitende Gewerbe beziehen). Im übrigen weist GB die stärksten Kostensteigerungen seit 1996 auf, denn für dieses Jahr gibt EUROSTAT die stündlichen Arbeitskosten mit 14,22 € für GB und mit 24,26 € für D an (allerdings müssten hier noch die Wechselkurschwankungen zwischen Pfund und Euro berücksichtigt werden).

¹⁸ So z. B. präsentiert die Frankfurter Allgemeine Zeitung in ihrer Ausgabe vom 13. 4. 05 (S. 15) unter Bezugnahme auf Daten u. a. des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) folgende monatlichen Bruttolöhne für Industrie- und Dienstleistungssektor 2002 an: 2766 € für D, 3191 € für GB. (DIE ZEIT v. 31.3.05 registriert auf höherem Niveau in etwa den gleichen Abstand für den Bereich der Dienstleistungen). Diese Beträge weichen allerdings erheblich von denen ab, die EUROSTAT (s. vorige Fn.) nennt: 3620 € (für D), 3891 € (für GB).

erzeugten Güter der aussagekräftigere Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zu sein. Wir wählen hierzu einige Befunde aus, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sowie das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) vorgelegt haben.

Das DIW präsentiert den Entwicklungsverlauf der nominalen Lohnstückkosten bereinigt um Veränderungen des Selbständigenanteils sowohl für die Gesamtwirtschaft als auch für das produzierende Gewerbe allein. Im ersten Falle nehmen die Lohnstückkosten zwischen 1980 und 2002 in Deutschland deutlich weniger zu (um ca. 50 %) als in GB (über 150 %) oder den USA (ca. 75 %); über Schweden werden in dieser Studie keine Angaben gemacht. Im zweiten Falle ist der Anstieg in Deutschland mit knapp 60 % höher als im ersten Falle, während er in GB niedriger ist als zuvor, aber immer noch bei nahezu 100 % liegt. In den USA beträgt der Anstieg in diesem Zeitraum nur 20 % (DIW Wochenbericht Nr. 14/2004: 167). Das IW beschränkt sich in seinen „IW-trends“ Berichten auf das verarbeitende Gewerbe und ermittelt für den gleichen Zeitraum folgende jahresdurchschnittliche Zuwachsraten: für D 2,2 %, für GB 3,3 %, für SW 1,7 % und für die USA 0,7 %. Betrachtet man nur den Zeitraum seit 1990, so werden für D 1,7 %, für GB 2,1 %, für SW -1,8 % und für die USA -0,1 % ausgewiesen (Schröder 2003: 9). Allerdings betrug die jährliche Zuwachsrate für (Gesamt-)Deutschland zwischen 1996 und 2002 nur noch 0,4 % (gegenüber 3,1 % in der ersten Halbdekade nach der Wiedervereinigung; ebd., S. 11).¹⁹

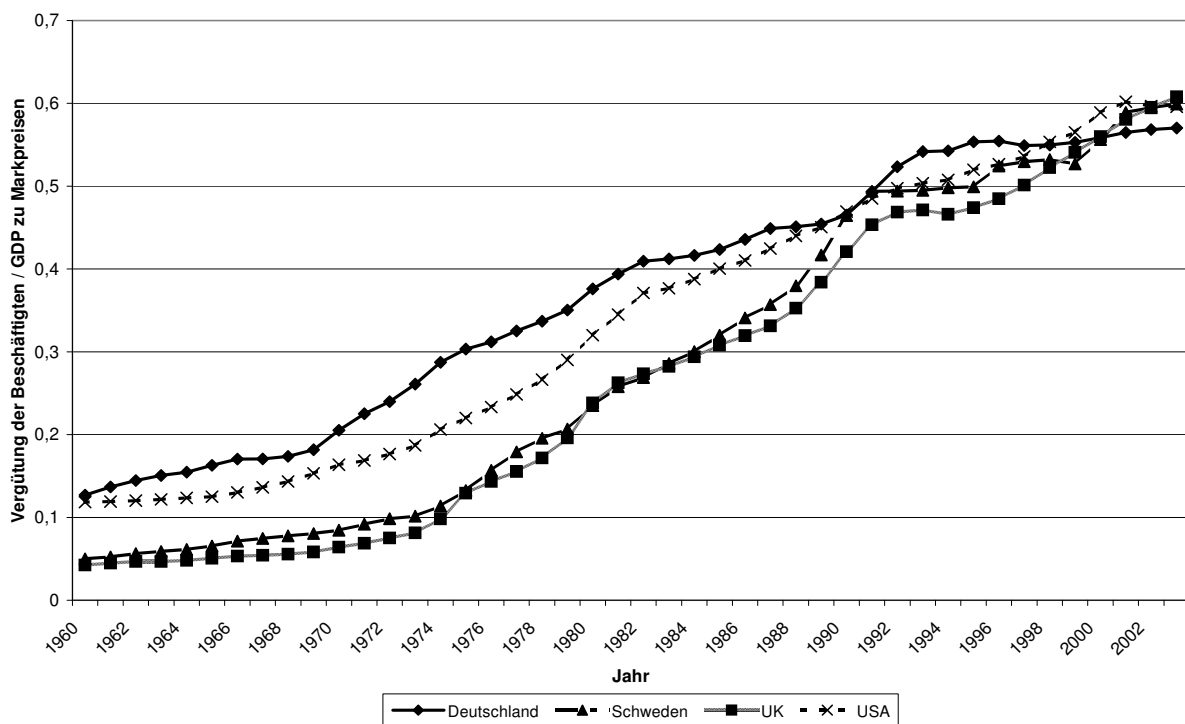


Abbildung 17: Unit Labor Cost

Quelle: OECD (2005).

¹⁹Legt man die Zahlen von EUROSTAT zugrunde, ergibt sich zwischen 1991 und 2002 auch für Deutschland bei gesamtwirtschaftlicher Betrachtung ein leichter Rückgang der Lohnstückkosten ähnlich dem der USA, aber etwas geringer als im Durchschnitt der 15 EU-Länder

Ein häufig zitierter Indikator sind die sog. *Unit Labor Cost*, bei denen die Löhne der abhängig Beschäftigten ins Verhältnis zum BIP gesetzt werden. Abb. 17 zeigt die Entwicklung auf der Basis der jeweiligen Marktpreise für die einzelnen Ländern.

Die Reihen bestätigen, dass Deutschland in der Zeit zwischen 1970 und 1990 zwar den geringsten Anstieg der Lohnstückkosten aufweist, dass sie in dieser Zeit aber durchgängig über denen der drei anderen Länder liegen. Ab Mitte der 90er Jahre ist der Kostenanstieg in Deutschland aber so gering, dass die deutschen Lohnstückkosten im Jahre 2002 unter denen dieser drei Länder liegen. Dies ist nicht nur einer divergenten Produktivitätsentwicklung, sondern auch einer im internationalen Vergleich seit 1992 unterdurchschnittlichen Lohnentwicklung geschuldet. Bei den realen Nettolöhnen mussten alleinstehende männliche Arbeitnehmer in Deutschland zwischen 1992 und 1999 sogar einen Rückgang um jährlich 0,2 % hinnehmen (Eichhorst et al. 2001: 23).

6. Steuer- und Abgabenbelastung, Staatsausgabenquote

In der öffentlichen Diskussion haben derzeit diejenigen die Oberhand, die die These vertreten, je niedriger die Staatsquote, je geringer die Steuern und Abgaben, die dem Staat zufließen oder die er umverteilt, desto besser floriert die Wirtschaft, desto höher das ökonomische Wachstum und desto niedriger die Arbeitslosenrate. In vielen Fällen wird diese These aus abstrakten theoretischen Modellen abgeleitet oder aus ideologischen Überzeugungen gespeist, ohne dass Prämissen und Schlussfolgerungen ernsthaft empirisch überprüft werden. In einem jüngeren Beitrag zur „politischen Ökonomie des Wirtschaftswachstums“ kommt der Wirtschaftswissenschaftler Herbert Obinger nach Durchsicht der einschlägigen Forschungsliteratur zu folgendem Resümee: „Insgesamt sind aus theoretischer Perspektive keine klaren Effekte von aggregierten Größen wie der Staats- oder der Sozialleistungsquote auf das Wirtschaftswachstum zu erwarten. Es gibt überzeugende Argumente von Befürwortern und Gegnern, die dem Umfang des öffentlichen Sektors positive und negative Wirkungen auf die Wachstumsdynamik beimessen. Es ist daher plausibel anzunehmen, dass sich der Nettoeffekt nicht signifikant von Null unterscheidet“ (Obinger 2003: 125). Weitgehende Einigkeit scheint lediglich bezüglich der Einschätzung negativer Effekte aus sog. Verteilungskonstellationen zu bestehen (ebd., S. 128 ff.). Sowohl für die Staatsquote insgesamt als auch für die Sozialleistungen – speziell gilt, dass sich allenfalls schwache und instabile Effekte auf wirtschaftliches Wachstum und Arbeitslosigkeit belegen lassen²⁰; viel bedeutsamer als derartige Aggregateffekte sind die sog. „Designeffekte“,

(KfW-Research, Nr. 15, Nov. 2004: 6). DIE ZEIT vom 25. 8. 05 (S.20) präsentiert unter Berufung auf das DIW Daten, aus denen hervorgeht, dass zwischen 1995 und 2004 die Lohnstückkosten in D nur um weniger als 3 Prozent gestiegen sind, in GB dagegen um etwa 30 % und auch in den USA um etwa 15 %.

²⁰ Einschränkung ist allerdings darauf hinzuweisen, dass alle (positiven wie negativen) Kausalaussagen, die sich auf empirisch ermittelte Korrelationen stützen, hinfällig werden könnten, wenn sich die bisherigen Spannweiten beobachteter Variablenwerte oder einige der nie vollständig in den Kausalmodellen explizierbaren Randbedingungen änderten, etwa infolge fortschreitender Globalisierungsprozesse. Außerdem können die Kausalkonstellationen einzelner Länder von dem Muster abweichen, das für die Gesamtheit der Länder ermittelt wird.

die Frage also, in welcher Weise und von wem der Staat Steuern und Abgaben erhebt und wofür er sie im einzelnen ausgibt. Den Sozialstaat pauschal als „mächtigsten Konkurrenten der Wirtschaft“ zu bezeichnen (Sinn 2004: 187), sollte sich jedenfalls nach einer nüchternen Betrachtung der empirischen Forschungsergebnisse verbieten. Ein Blick auf die langfristige Entwicklung einiger der Aggregatindikatoren (in Zusammenhang mit denen, die schon in vorangegangenen Abschnitten präsentiert wurden) mag dazu dienen, die Diskussion zu versachlichen, weil sie einige der populären Kampfpapieren als solche erkennbar machen.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Steuern und Abgaben in ihrer Gesamtheit. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt ist in Abb. 18 dargestellt:

Die Quote der USA liegt deutlich unter denen der anderen Länder; sie verläuft auch stabiler mit nur einem leichten Anstieg (um 6 %) zwischen 1965 und 2000. D und GB tauschen des öfteren ihren Rangplatz und weisen zur Jahrtausendwende in etwa das gleiche Belastungsniveau auf. Ihre Quoten steigen bis dahin in etwa gleichem Maße wie die der USA. Schweden hat eine deutlich höhere Belastungsquote, die seit Ende der 80er Jahre um 50 Prozent schwankt, was einen Anstieg (gegenüber 1965) um mehr als 15 % bedeutet.²¹ Erweitert man den Vergleich auf die OECD-Länder zum Jahre 1997, zeigt sich, dass Deutschlands Quote von 37,2 % knapp unter dem Durchschnitt von 38,8 % liegt (s. Wagschal 2003: 262). Nicht nur die skandinavischen Länder, sondern auch Belgien, Frankreich, Österreich und die Niederlande haben zu diesem Zeitpunkt deutlich höhere Abgabenbelastungen. Eine noch niedrigere Quote als die USA hat Japan (28,8 %). Trotz des Abgabeanstiegs in Folge der Wiedervereinigung beträgt der Zuwachs der Gesamtabgabenlast in Deutschland zwischen 1965 und 1997 weniger als die Hälfte des OECD-Durchschnittswertes, er ist der drittniedrigste in dieser Ländergruppe (ebd., S. 261). Beim Ländervergleich ist außerdem folgende Problematik zu berücksichtigen: „Zählt man staatlich veranlasste, eigentlich aber privatwirtschaftlich organisierte Sozialversicherungsprogramme zu den jeweiligen Ausgaben und Einnahmen hinzu, dann vergrößert sich - gerade in liberalen Wohlfahrtsstaaten wie etwa den USA oder der Schweiz - der Umfang der Staatstätigkeit bedeutend“ (ebd.). Berücksichtigt werden müssten auch die umgekehrten Effekte, die entstehen, wenn - wie z. B. in Schweden - Sozialtransfers versteuert werden. Die aggregierten Belastungsquoten sind also nur beschränkt aussagekräftig; sie lassen offen, wer belastet wird und mit welchen Anreizmechanismen die verschiedenen Belastungen auf den Arbeitsmärkten und bei unternehmerischen Entscheidungen wirksam werden. Deutschland hatte zwar 1997 mit Ausnahme der Schweiz die niedrigste *effektive* Steuerquote (21,7 %) aller OECD-Länder, aber mit 53,0 % bei der Einkommensteuer einen der höchsten und mit 45,0 Prozent bei der Unternehmensbesteuerung sogar den höchsten Spitzensteuersatz. Mit der Differenz von effektiver Steuerquote und Spitzen-Steuersatz jonglieren die Propagandisten der öffentlichen Debatte.²²

²¹ Etwas andere Zahlen für die „Gesamtabgabenbelastung“ (einschl. Importabgaben und sonstige Produktionsabgaben) liefert das Bundesministerium für Gesundheit und Soziales (in einer direkten Mitteilung an uns v. 30. 12. 2004). Für das Jahr 2002 werden folgende Zahlen gegeben: D 41,4 %; GB 37,1 %; SW 50,6 %; USA 27,7 %.

²² Wenn man die von Unternehmen tatsächlich gezahlten Steuern auf Einkommen und Gewinne in Prozent des BIP ermittelt, zeigt sich, dass D unter den vier hier primär betrachteten

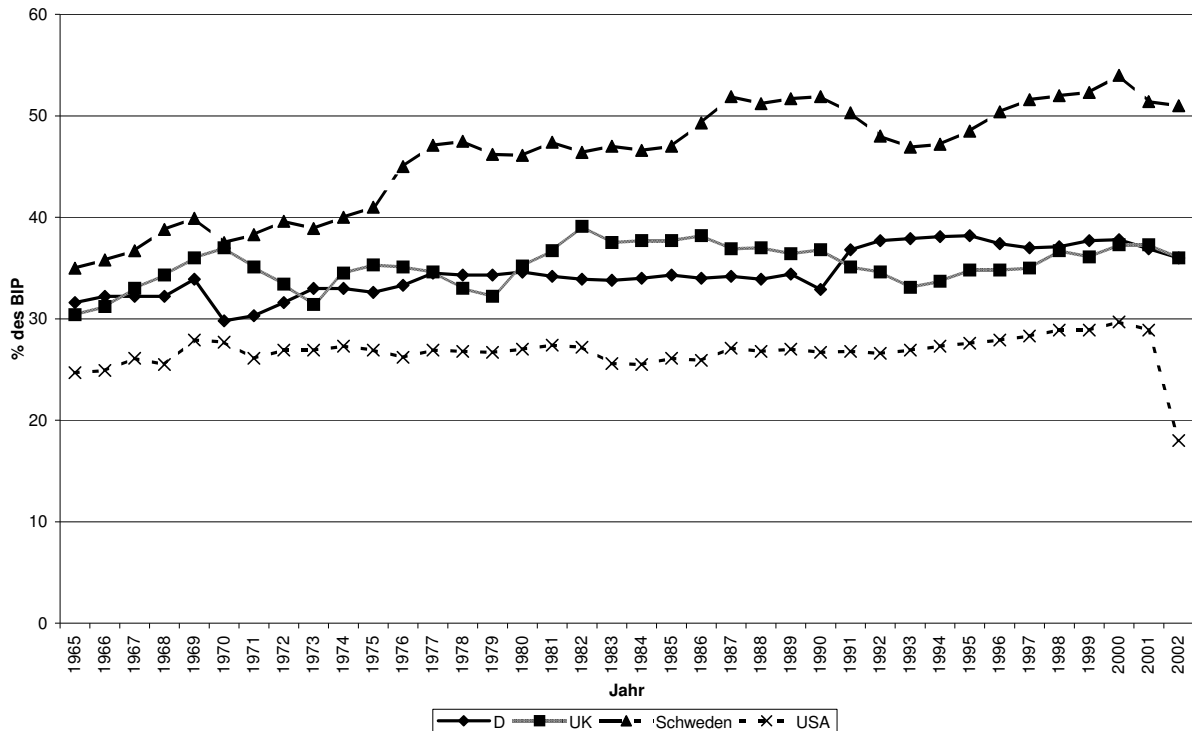


Abbildung 18: Gesamte Steuern und Sozialabgaben in Prozent des BIP

Quelle: OECD, Revenue Statistics, in: OECD (2005).

Die Länder unterscheiden sich auch erheblich in dem Maße, wie stark speziell der Faktor Arbeit mit Steuern und Abgaben belastet wird („labour tax wedge“). Die OECD („A caring world“, 1999: 40) gibt dazu folgende Zahlen: In GB nahm die Belastung zwischen 1979 und 1995 leicht ab auf ca. 33 %; in SW lag sie zunächst leicht über, dann leicht unter der 50-Prozent-Marke; in D nahm die Belastung in diesem Zeitraum deutlich zu von knapp über 40 auf 50 Prozent.²³ (Zur Entwicklung der Sozialabgaben s. unten).

Viel diskutiert wird derzeit, ob der mit der Globalisierung erhöhte internationale Wettbewerbsdruck die Politik zu einer Absenkung der Belastungsquoten zwingt. Eine solche Tendenz scheint sich abzuzeichnen, wenn man allein auf die Steuersätze schaut. „Fast alle OECD-Länder haben seit 1980 ihre Steuersätze auf das private Einkommen sowie für Unter-

Vergleichsländern seit Ende der 80er Jahre die niedrigste Belastungsquote aufweist, GB die höchste. Bei der Belastung der Einzelpersonen (wiederum relativ zum BIP liegen D, GB und die USA seit den frühen 80er Jahren relativ eng zusammen (deutlich unterhalb von SW), seit 1998 weist D auch hier die niedrigste Belastungsquote auf (OECD, Revenue Statistics, Angaben bis zum Jahre 2002). Die in der gegenwärtigen Debatte häufig zu hörende Behauptung, Deutschland sei ein „Hochsteuerland“ ist, zumindest in dieser Pauschalität, plumpe Propaganda.

²³ Auf den ersten Blick scheint es bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit gleichgültig zu sein, ob Unternehmen mit Steuern oder sonstigen Abgaben belastet werden. Für die Schaffung von Arbeitsplätzen ist aber relevant, dass Sozialabgaben für den Arbeitnehmer ergebnisunabhängig sofort anfallen, Steuern dagegen ergebnisabhängig erst später.

nehmen gesenkt" (Wagschal 2003, S. 278). Schweden z. B. habe seinen Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer von 58 auf 25 Prozent und bei der Unternehmensbesteuerung von 40,0 auf 28,0 % (Angaben für das Jahr 1997) gesenkt. Bei der Einkommensteuer berücksichtigt Wagschal allerdings nicht, dass in SW nicht nur der Zentralstaat, sondern auch die Gemeinden Einkommenssteuern erheben; im Jahre 2004 waren das zusätzliche 31,5 %, so dass die Einkommenssteuerquote insgesamt bei 56,5 % lag (Monatsbericht des BMF, Januar 2005).²⁴ Ergänzt man Wagschals Angaben mit dem eben genannten Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums, so ergibt sich für den Zeitraum von 1980 bis 2004 Folgendes: In GB fielen die Spitzensteuersätze von 60 auf 40 (Einkommensteuer) und von 52 auf 30 Prozent (Unternehmenssteuern). In Deutschland blieben die Spitzensteuersätze höher, fielen in diesem Zeitraum aber immerhin von 56 auf 47,5 Prozent (Einkommensteuer, einschl. Solidaritätszuschlag) und von 56 auf 38,7 Prozent (Unternehmenssteuer, niedriger als im Staate New York).²⁵ Die Reduktion der Steuersätze ist durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen mehr als ausgeglichen worden, so dass das Steueraufkommen der OECD-Länder sich - zumindest bis 1998 - nicht verringert, sondern sogar noch erhöht hat (Wagschal 2003, S. 278). Zu bedenken ist allerdings, dass differentielle Steuersätze im Prinzip ein Instrument politischer Steuerung sind; ihre Vereinheitlichung (mit einer Absenkung der Spitzensätze) also die Regulierungskompetenz des Staates einschränkt (gleichgültig, wie man das bewerten möchte).

Aus dem bisher Gesagten ist schon deutlich geworden, dass eine Besonderheit des deutschen Steuersystems in der Kombination von relativ hohen Spitzensteuersätzen und geringer effektiver Steuerquote (d. h. geringem Steueraufkommen) besteht, womit nicht einmal besonders hohe Umverteilungseffekte erzielt werden. Während sich bei der Besteuerung von Einzelpersonen die Aufkommen (gemessen als Anteil am BIP) in Deutschland, GB und den USA seit den 80er Jahren, abgesehen von konjunkturellen Schwankungen, nur geringfügig unterscheiden, ist das Aufkommen aus den Unternehmenssteuern seit 1980 in D durchgängig erheblich niedriger als in GB und seit 1987 auch niedriger als in den USA (die hierzu herangezogenen Daten der OECD Revenue Statistics reichen bis 2001).

Allerdings ist die Berechnung der „effektiven Steuerbelastung“ der Unternehmen unter Fachleuten stark umstritten. Deutschland schneidet sehr günstig (mit niedriger Steuerquote) ab, wenn die Berechnung auf der Grundlage makroökonomischer Daten mit Hilfe der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorgenommen wird. Gelegentlich wird suggeriert, dass bei dieser Berechnung stets nur die Kapitalgesellschaften, nicht aber das Kapital der Personengesellschaften berücksichtigt werde. Dies trifft nicht zu. Wie u. a. Hettich/Schmidt

²⁴ Da Gebietssteuern oder auch Sondersteuern (wie der Solidaritätszuschlag) häufig als prozentualer Zuschlag zur zentralstaatlichen Basissteuer erhoben werden, kommen bei den Gesamtsteuersätzen Zahlen mit Nachkommastellen zustande.

²⁵ Ein Ländervergleich müsste zudem weitere das Kapital und Vermögen belastende Steuern berücksichtigen. Unter Berufung auf Daten des Bundesfinanzministeriums und der OECD gibt „Der Spiegel“ (33/2005, S. 60) für die Summe aus Grund-, Erbschaft/Schenkungs-, Vermögens- und Vermögensverkehrssteuer folgende Prozentwerte (Anteile am jeweiligen Steueraufkommen des Landes) an: Für GB 11,9 %, für D aber nur 2,2 % (USA: 10,1 %).

(2000) gezeigt haben, liegen die effektiven durchschnittlichen Kapitalsteuersätze, berechnet für Kapital- und Personengesellschaften, seit den 80er Jahren (Beginn des Untersuchungszeitraums) erheblich unter denen für SW, GB und USA. Für 1996 z. B. betragen die Sätze 26,33 % (D), 48,82 % (GB), 56,12 % (SW) und 40,97 % (USA) (ebd., S. 15). Andere Berechnungsmethoden stützen sich auf mikroökonomische Daten und ermitteln die effektive Steuerbelastung von fiktiven Modellunternehmen bzw. Modellinvestitionen oder auch die durchschnittliche Belastung einer Reihe von tatsächlich existierenden Unternehmen (einen kurzen Überblick über verschiedenen Berechnungsvarianten geben Eichhorst et al. 2001: 330 f.). Diese Methodik führt regelmäßig zu dem Ergebnis, dass Deutschland zumindest im europäischen Maßstab als „Hochsteuerland“ zu gelten hat. Eichhorst et al. (2001: 333) zitieren z. B. eine Modellrechnung von Baker/McKenzie (2001) mit folgenden effektiven Steuersätzen: 25,20 % (D), 20,83 % (GB), 15,73 % (SW). Das Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung Mannheim (ZEW) präsentiert im Internet (ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/div/Effektive_Steuerbelastung.Europa.pdf, Abruf am 4. 3. 05) folgende Zahlen: 36,1 % (D), 28,9 % (England), 23,4 % (SW). Im Wirtschaftsteil der großen Zeitungen findet man überwiegend die für Deutschland ungünstigen Berechnungsergebnisse. Ein anderes Bild ergibt sich auch, wenn man den Anteil der Unternehmenssteuern am BIP ermittelt. Eichhorst et al. (2001: 336) präsentieren hierzu die Mittelwerte der Jahre 1994-1998. Demnach liegt der Anteil für GB bei 3,66; für SW bei 2,92; für die USA bei 2,70 und für D (Schlusslicht in dieser OECD-Statistik) bei 1,34. Ähnliche Relationen ergeben sich, wenn man für den gleichen Zeitraum die Unternehmenssteuern als Anteil am gesamten Steueraufkommen eines Landes angibt (ebd., S. 337). Die entsprechenden Zahlen sind 10,3 (GB); 9,4 (USA); 5,8 (SW) und 3,6 (D).

Besonders heftig werden derzeit die sozialstaatlichen Leistungssysteme diskutiert. Abb. 19 zeigt die Entwicklung der Sozialabgabenquoten (bezogen auf das BIP für unsere Vergleichsländer).

Die BRD hatte bis Ende der 70er Jahre die höchste Quote und wurde erst dann von Schweden überholt. Schon zu dieser Zeit (mit Ausnahme der USA früher als anderswo) setzte in Deutschland die Konsolidierungsphase ein. Bis zur Wiedervereinigung war die Quote (mit kurzfristiger Unterbrechung) sogar leicht rückläufig. Laut Streeck/Trampusch (2005: 4) läßt sich der Anstieg zwischen 1990 und 1998 aber nur zur Hälfte auf die Folgen der Wiedervereinigung zurückführen.²⁶ Die Unterschiede zwischen den Ländern schrumpfen beträchtlich, wenn man von den oben schon erwähnten Netto-Leistungsquoten ausgeht, also steuerliche Vergünstigungen und Belastungen, die mit den Transferleistungen verbunden sind, sowie staatlich subventionierte Sozialleistungen, die von privaten Organisationen ausgezahlt werden (wie z. B. betriebliche Renten), mit berücksichtigt. Für 1995 sind z. B. folgende Nettosozialausgabenquoten ermittelt worden: Für Deutschland 27,7 %, für GB 26,0 %, für Schweden 27,0 % und für die USA immerhin 24,5 % (s. Alber in Berl. Journ. Soz., 1/2002: 19).²⁷

²⁶ Im Vollzug der Wiedervereinigung haben sich sog. versicherungsfremden Leistungen stark erhöht. Nach einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung könnten die Sozialbeiträge hierzulande um vier bis neun Prozentpunkte sinken, wenn alle versicherungsfremden Leistungen durch indirekte Steuern statt durch Beiträge finanziert würden (vgl. Meinhardt und Zwiener 2005).

²⁷ Der Tendenz nach ähnliche, aber etwas weniger nivellierte Niveaus, registriert die

Sehr unterschiedlich ist in den verschiedenen Ländern die Finanzierungsstruktur der Sozialleistungen. In Deutschland lag 1998 der Beitrag der Lohnabgaben/Sozialbeiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei 66,1 %; nur 30,9 % der Sozialleistungen wurden über allgemeine Steuern finanziert. In GB lag die Abgabenquote bei 51,4 %, in Schweden bei 48,4 % (ebd., S. 21).

Da die „Staatsquote“ in den öffentlichen Diskussionen eine besondere Rolle spielt, sei die Entwicklung der Staatsausgaben (als Anteil am BIP), hier in ihrem längerfristigen Verlauf dargestellt (Abb. 20).²⁸

Mitte der 70er Jahre liegt die deutsche wie auch die britische Staatsquote bei etwa 50 %. Bis 1990 wird sie in der BRD auf etwas unter 45 %, in GB auf ca. 40 % zurückgeführt. Nach der Wiedervereinigung steigt die deutsche Quote bis 1995 wieder auf 50 % an, während die britische sich nach einigen Schwankungen auch um die Jahrtausendwende bei etwa 40 % bewegt. Die schwedische Quote liegt zu diesem Zeitpunkt nahe unter der 60-Prozent-Marke, die US-amerikanische bei ca. 35 %.

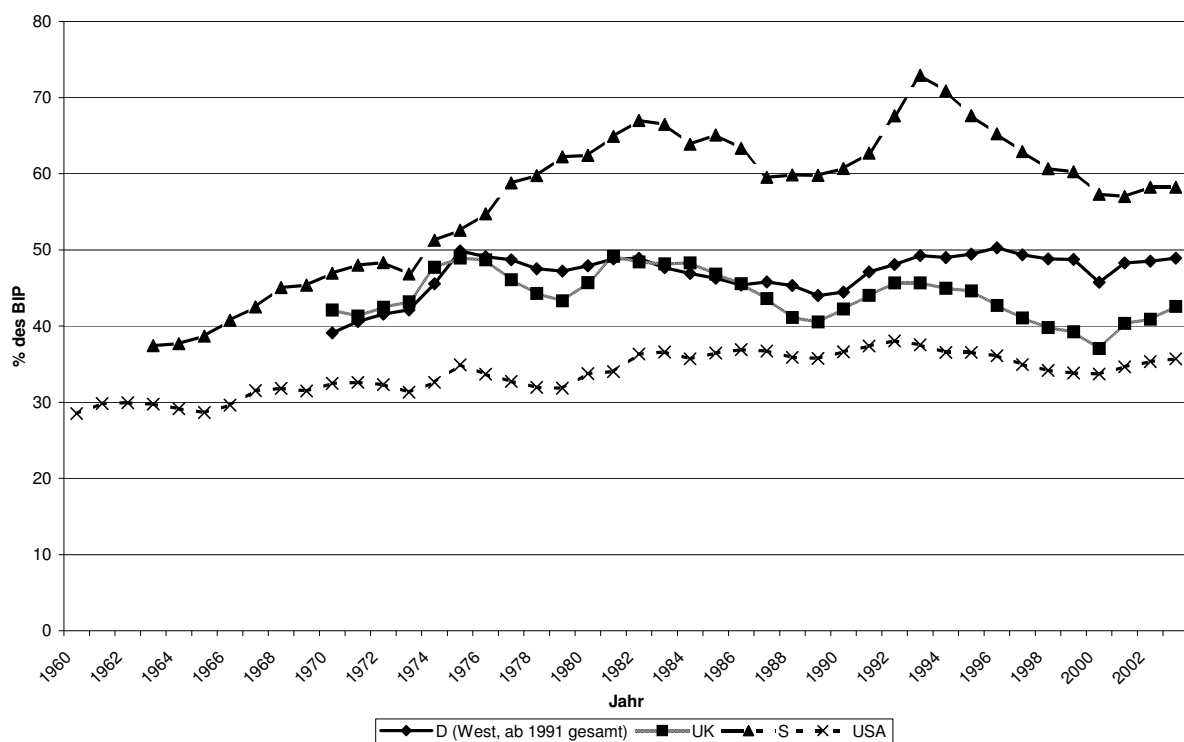


Abbildung 20: Anteil der Staatsausgaben am BIP

Quelle: OECD, Economic Outlook Data Base, in: OECD (2005).

OECD („A caring world“, 1999: 53).

²⁸ Die Staatsausgaben umfassen sowohl den Konsum als auch den Bereich der Kapitalbildung und Investitionen. Für einen Mehrländervergleich für den Zeitraum zwischen 1870 und 1995 s. Cusack/Fuchs in Obinger et al. (2003: 323)

7. Bildung und Kapitalbildung

Wie schon erwähnt: wichtiger als die Höhe der Staatsquote ist die Frage, wofür die staatlich verwalteten Gelder eingesetzt werden. Dies können wir hier natürlich nicht im Detail darstellen. Nachdem wir oben schon den Umfang der Sozialausgaben dargestellt haben, beschränken wir uns in diesem Abschnitt auf die Entwicklung der Bildungsausgaben in ihrem Anteil am BIP (Abb. 21).

Wie schon erwähnt: wichtiger als die Höhe der Staatsquote ist die Frage, wofür die staatlich verwalteten Gelder eingesetzt werden. Dies können wir hier natürlich nicht im Detail darstellen. Nachdem wir oben schon den Umfang der Sozialausgaben dargestellt haben, beschränken wir uns in diesem Abschnitt auf die Entwicklung der Bildungsausgaben in ihrem Anteil am BIP (Abb. 21)

Die langfristigen Trendverläufe in D, GB und SW sind zwar ähnlich: bis Mitte bzw. Ende der 70er Jahre steigen die Bildungsausgaben kräftig an; seitdem ist ihr Anteil in allen drei Ländern bei unstemmtem Verlauf bis zur Jahrtausendwende um ein bis zwei Prozentpunkte zurückgegangen. Aber die deutschen Anteile liegen kontinuierlich unter denjenigen der beiden anderen Länder; SW hat durchgängig eine wesentlich höhere Quote als D und GB. In allen Ländern ist das durchschnittliche Niveau der Schulbildung enorm angestiegen. In der BRD z. B. besuchten 1952 in der Altersstufe der 7. Klasse 79 % aller Schüler eine Volksschule (später: Hauptschule) und nur 13 % ein Gymnasium, 1999 dagegen gingen nur noch 22 % zur Hauptschule und 31 % ins Gymnasium, mit entsprechenden Anstiegen bei den Realschulen und den integrierten Schulformen (Geißler 2002: 335). Während 1960 in Westdeutschland nur 6 % eines Jahrgangs ein Studium an der Universität und 2 % eines an der Fachhochschule beginnen, sind es im Jahre 2000 24 % und 12 % (ebd., S. 336). Dennoch bleibt D bei der Hochschulbildung hinter den meisten anderen „reichen“ Ländern zurück. So z. B. werden in D im Jahre 2001 nur rund 32 % der entsprechenden Jahrgänge als Studienanfänger registriert, während es in GB 45 und in SW sogar über 69 Prozent sind (Hradil 2004: 145). Außerdem ist in Deutschland die Zahl der Studienabbrecher besonders hoch. Trotz der steigenden Zahl der Abiturienten und

Die langfristigen Trendverläufe in D, GB und SW sind zwar ähnlich: bis Mitte bzw. Ende der 70er Jahre steigen die Bildungsausgaben kräftig an; seitdem ist ihr Anteil in allen drei Ländern bei unstemmtem Verlauf bis zur Jahrtausendwende um ein bis zwei Prozentpunkte zurückgegangen. Aber die deutschen Anteile liegen kontinuierlich unter denjenigen der beiden anderen Länder; SW hat durchgängig eine wesentlich höhere Quote als D und GB. In allen Ländern ist das durchschnittliche Niveau der Schulbildung enorm angestiegen. In der BRD z. B. besuchten 1952 in der Altersstufe der 7. Klasse 79 % aller Schüler eine Volksschule (später: Hauptschule) und nur 13 % ein Gymnasium, 1999 dagegen gingen nur noch 22 % zur Hauptschule und 31 % ins Gymnasium, mit entsprechenden Anstiegen bei den Realschulen und den integrierten Schulformen (Geißler 2002: 335). Während 1960 in Westdeutschland nur 6 % eines Jahrgangs ein Studium an der Universität und 2 % eines an der Fachhochschule beginnen, sind es im Jahre 2000 24 % und 12 % (ebd., S. 336). Dennoch bleibt D bei der Hochschulbildung hinter den meisten anderen „reichen“ Ländern zurück. So z. B. werden in D im Jahre 2001 nur rund 32 % der entsprechenden Jahrgänge als Studienanfänger registriert, während es in GB 45 und in SW sogar über 69 Prozent sind (Hradil 2004: 145). Außerdem ist in Deutschland die Zahl der Studienabbrecher besonders hoch. Trotz der steigenden Zahl der Abiturienten und Studienanfänger stagnierten die Abschlussquoten an den Universitäten zwischen 1975 und 1994 bei 8 bis 9 %. Folglich ist 1999 der Akademikeranteil (Personen mit Universitätsabschluss) unter

den 30- bis 35-Jährigen mit 11 % nicht höher als unter den 50- bis 55-Jährigen (Geißler 2002: 337). Betrachtet man nicht nur die Studienanfänger, sondern den Anteil der Studierenden an der entsprechenden Altersgruppe, so ist Deutschland neben Litauen und der Russischen Föderation das einzige Land Europas, in dem im Laufe der 90er Jahre dieser Anteil zurückging (Hradil 2004: 147). Nur bis zur Sekundarschulbildung und bei der beruflichen Schulbildung schneidet D im internationalen Vergleich relativ gut ab. 1998/99 befanden sich 85 % aller 18jährigen in irgendeiner Art von schulischer Ausbildung, in SW waren es 96 %, in GB aber nur 53 %. Unter den 18- bis 24-Jährigen besuchten in D (noch) 25 % eine Sekundarschule (in GB 16 %, in SW 27 %), aber nur 15 % (nach Island der schlechteste Wert in der EU) eine Hochschule, in GB waren es 22 %, in SW 20 % (ebd.). Kitschelt/Streeck (2004: 21) beklagen die mangelnde Humankapitalbildung, insbesondere die durch Unterfinanzierung (fallende Ausgaben pro Student oder Studentin) ausgelöste Verschlechterung der akademischen Ausbildung während des letzten Viertels des 20. Jahrhunderts, als eines der gravierendsten Strukturprobleme Deutschlands. Aber auch in GB gilt das Bildungssystem (neben dem Gesundheits- und dem Verkehrssystem) als eine Schwachstelle. In der Süddeutschen Zeitung vom 9. 5. 05 (S. 21) wird der Chefökonom des *National Institut of Economic and Social Research*, Martin Weale, mit der These zitiert, das Bildungssystem sei die wesentliche Ursache für den britischen Rückstand bei der Produktivität gegenüber Deutschland oder den USA. Selbst in Schweden hat es in jüngerer Zeit problematische Entwicklungen im Bereich des Bildungswesens gegeben, insbesondere im Bereich der Elementarschule und der unteren Stufen der Sekundarschule. Hier ist die Zahl der Schüler pro Lehrkraft seit Anfang der 90er Jahre erheblich angestiegen; außerdem soll das durchschnittliche Qualifikationsniveau der Lehrkräfte gesunken sein (Palme et al. 2003: 73).

Neben der sog. Humankapitalbildung werden Anlage-Investitionen („Gross Fixed Capital Formation“) als besonders bedeutsam für die Sicherung ökonomischen Wachstums angesehen. Bei langfristiger Betrachtung zeigt sich, dass die entsprechenden Ausgaben, gemessen als Anteil am BIP, in D zwischen 1970 und 2000 höher liegen als in GB, SW und USA. Selbst nach einem Rückgang der Quote zwischen 1992 und 1997 liegt dieser Anteil im Jahre 2000 in D noch über den Werten der drei anderen Länder (laut Angaben der OECD sowie Kitschelt/Streeck 2004: 20). Kitschelt/Streeck (2004: 21) geben allerdings zu bedenken, entscheidend sei, in welchem Maße *zusätzliche* Investitionen in neue und besonders produktive Technologien gelenkt würden; dies erfolge in D nicht in ausreichendem Maße. Folgt man einem neuesten „Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands“, den das Bundesforschungsministerium für das Jahr 2004 vorgelegt hat (www.bmbf.de/pub), scheint es hier aber zwischenzeitlich deutliche Fortschritte gegeben zu haben.²⁹ Laut Angaben von EUROSTAT hat das US-Patentamt im Jahre 2002 mehr als doppelt so viele Patente (pro Mio. Erwerbspersonen) an Deutschland als an GB vergeben, der Abstand hat sich seit 1997 vergrößert (SW liegt allerdings noch über dem deutschen Niveau). Bei den Patenten, die vom europäischen Patentamt im Hochtechnologiebereich vergeben werden, liegen GB und D seit Anfang der 90er Jahre mehr oder weniger gleichauf, allerdings deutlich hinter SW mit (seit Mitte der 90er Jahre) mehr als doppelt so vielen Patenten und noch deutlicher hinter den USA mit fast der fünffachen Quote im

²⁹ Es muss auch verwirren, dass Kitschelt/Streeck (2004: 16) das „Bild einer erodierenden deutschen Wettbewerbsfähigkeit“ in wesentlichen Punkten bestätigt finden; dass aber einer der beiden Autoren nur ein Jahr später feststellt, „the German economy does not suffer from a lack of international competitiveness“ (Streeck/Trampusch 2005: 1).

Jahre 2001.

Ein häufig zitiertes Indikatoren sind die Ausgaben für „Forschung und Entwicklung“ (FuE), bei denen Deutschland ebenfalls über dem Durchschnitt der OECD-Länder liegt, vor Großbritannien, aber hinter den USA und Schweden, das mit großem Abstand die Rangliste anführt (Eichhorst et al. 2001: 377 ff.). Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie liegt Deutschland (gemessen am Produktionswert in % des BIP) deutlich hinter diesen drei Ländern (und etlichen anderen) zurück (ebd., S. 390).

8. Internationaler Handel: Exporte und Importe

Wir präsentieren zunächst die Zeitreihen über die jeweiligen Prozentanteile der Exporte und der Importe am BIP (Abb. 22 u. 23).

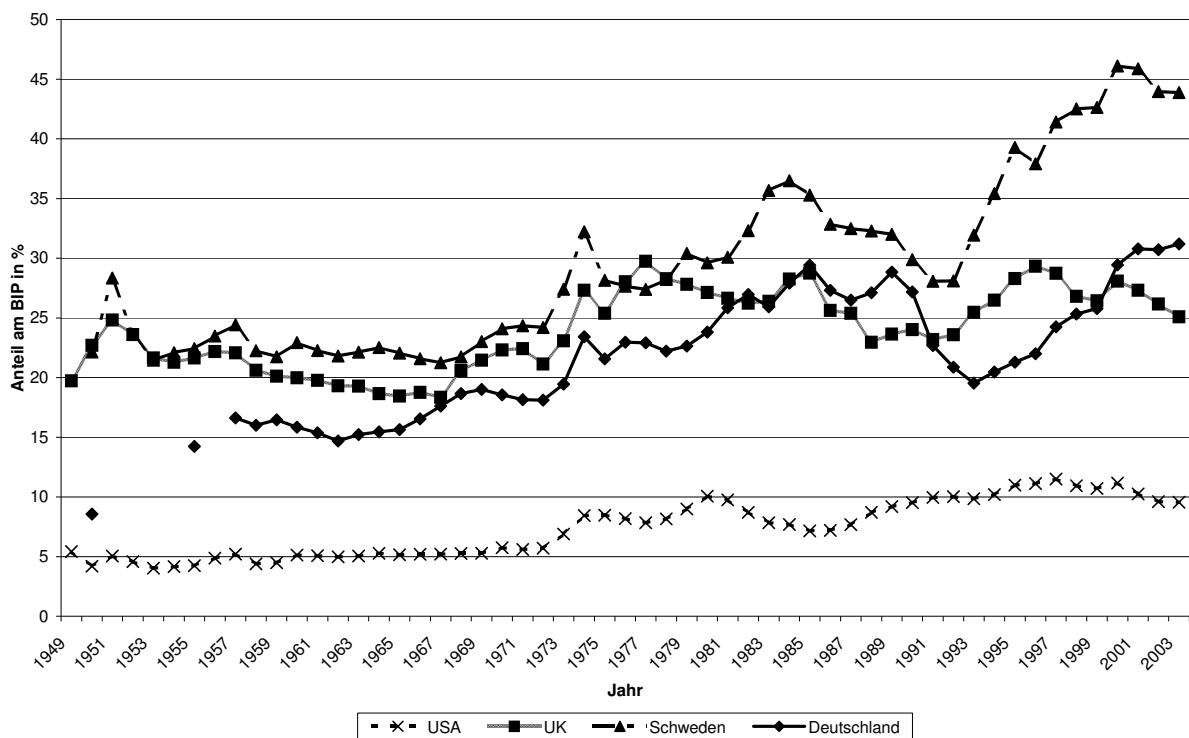


Abbildung 22: Anteil der Exporte am BIP

Quelle: IMF, International Financial Statistics, in: Data Service & Information (2004).

Die Außenhandelsverflechtung nimmt in allen Ländern spätestens seit Ende der 60er Jahre langfristig zu, allerdings mit erheblichen Schwankungen; der Anstieg beschleunigt sich in den 90er Jahren (ein Teilaspekt der „Globalisierung“). Generell haben kleinere Länder höhere Export-/Importquoten als größere Länder, insofern überrascht die Position Schwedens nicht. Die Exportquote der USA ist dagegen außerordentlich niedrig, seit den 70er Jahren bleibt sie auch deutlich hinter dem Anstieg der Importquote zurück, wobei sich die Schere seit Ende der 90er Jahre besonders stark geöffnet hat. Der Anteil der US-amerikanischen Exportleistungen am Welthandel ist zwischen 1960 und 1987 ziemlich stetig von 16 auf 10 % gefallen; nach einem vorübergehenden Wiederanstieg auf über 12 % ist er bis zum Jahre 2002 erneut auf unter 10 % gesunken. Der deutsche Exportanteil bewegt sich dagegen ziemlich stabil seit etwa 40 Jahren zwischen der 9- und der 12-Prozent-Marke und übertraf in einzelnen Jahren sogar den US-Anteil.

Das ist insofern erstaunlich, als in dieser Zeit zahlreiche Schwellenländer, allen voran China, ihre Exportleistungen erhöht haben, so dass der Marktanteil der übrigen Länder insgesamt zwangsläufig sinken musste.

Als weiterer Indikator wird häufig der sog. Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Exporten und Importen, herangezogen. Diese Kennziffer steigt an, wenn die Exporte schneller als die Importe wachsen. Im langfristigen Trendvergleich (seit 1960) trifft dies für den deutschen Außenbeitrag zu, allerdings bei erheblichen Schwankungen (Mitchell 2003; KfW-Research, Nr. 15, Nov. 2004, S. 4). Der schwedische Außenhandelsbeitrag oszilliert bis Anfang der 80er Jahre um die Null-Linie, befindet sich aber seitdem im Plus und hat in den 90er Jahren nach einem steilen Anstieg den deutschen Außenhandelsbeitrag, relativ zum BIP, noch übertroffen, bis 2003 hat D allerdings nahezu aufgeholt (laut Angaben des Internationalen Währungsfonds, IMF). Stärkere Schwankungen um die Null-Linie weist GB bis Ende der 80er Jahre auf; allerdings liegen die Werte zwischen 1986 und 2003 im negativen Bereich (mit Ausnahme des Jahres 1997). Noch krasser ist das Leistungsbilanzdefizit der USA; hier befindet sich der Außenbeitrag seit Ende der 70er Jahre im Abwärtstrend mit einer rasanten Beschleunigung seit Ende der 90er Jahre.³⁰

Unter Experten ist umstritten, was Exportquoten und Außenbeiträge über die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes aussagen. Bei der Bewertung der deutschen Exporterfolge muss z. B. berücksichtigt werden, dass bei ihnen der Anteil der importierten Vorleistungen in den 90er Jahren beständig zugenommen hat (von 26,7 % in 1991 auf 38,8 % in 2002 - KfW 2004: 4),

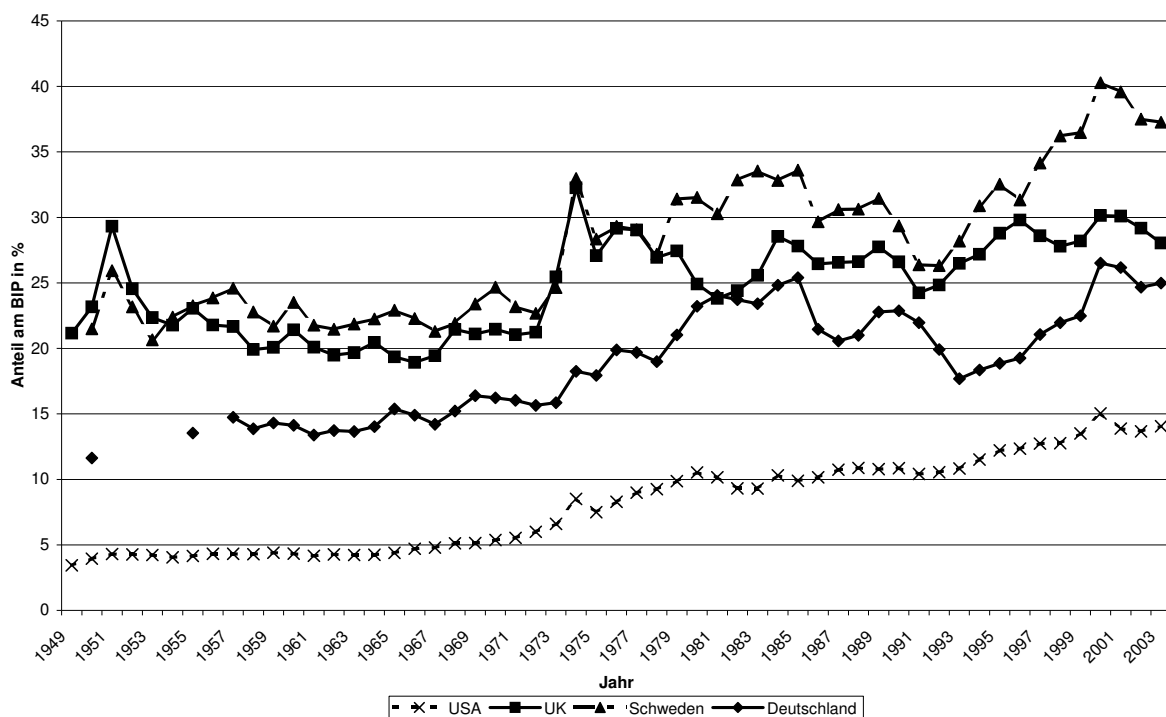


Abbildung 23: Anteil der Importe am BIP

Quelle: IMF, International Financial Statistics.

³⁰ Schon hierin zeigt sich, dass das US-amerikanische Wirtschaftssystem teilweise auf Voraussetzungen beruht, die nicht verallgemeinert werden können. (Dazu gehört im übrigen auch der horrende, umweltschädigende Energieverbrauch)

so dass der Anteil der inländischen Wertschöpfung am Produktionswert der exportierten Güter (die „Wertschöpfungsquote“) gesunken ist. H.W. Sinn (2004: 71-89) bestreitet nicht zuletzt aus diesem Grunde, dass die Exportleistungen als Beleg für die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu interpretieren seien. Das verknüpft er einmal mehr mit einem reißerischen Schlagwort, indem er die deutsche Wirtschaft als „Basarökonomie“ bezeichnet. Dagegen stellt die KfW-Bankengruppe in einer Studie zur „Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportindustrie“ (KfW-Research Nr. 15, Nov. 2004) fest: „Parallel zur Senkung der inländischen Wertschöpfungsquote haben in den letzten Jahren sowohl die im Exportsektor insgesamt erzeugte Bruttowertschöpfung als auch der Außenbeitrag zugenommen. Beides deutet auf eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportindustrie hin“ (S. 1). Vor allem hat der Anteil der exportinduzierten Bruttowertschöpfung (BWS) an der BWS der Gesamtwirtschaft auch in diesem Jahrzehnt von 19,8 % (1991) auf 22,4 % (2002) zugenommen, womit auch ein größerer Beitrag zur inländischen Beschäftigung geleistet wurde (ebd., S. 2). Außerdem sehen die Autoren der Studie Anzeichen für eine „am aktuellen Rand“ wieder sinkende Importquote (ebd., S. 3). Einschränkend weisen sie aber auch darauf hin, dass, „so lange die Weltwirtschaft boomt, während sich die Konjunktur hierzulande eher verhalten entwickelt, es durch den Importsog aus dem Ausland fast zwangsläufig zu einem sich verbessernden Außenbeitrag (kommt)“ (ebd., S. 4).

Auch bezüglich der mutmaßlich negativen Beschäftigungseffekte, die von Direktinvestitionen deutscher Firmen im Ausland ausgehen sollen, urteilen die Autoren betont vorsichtig: „Über den Netto-Beschäftigungseffekt - und nur dieser ist hier relevant - liegen allerdings keine empirischen Informationen vor“ (ebd., S. 8).³¹ Bezüglich der Attraktivität niedriger Lohnkosten im Ausland verweisen sie zudem auf eine Panel-Analyse von 1000 multinationalen Firmen; sie hat lediglich einen statistisch nicht-signifikanten Effekt der Lohnhöhe in diesen Ländern auf die Beschäftigung innerhalb des Mutterunternehmens im Heimatland aufgedeckt (ebd., S. 7).

9. Demographische Indikatoren

Die Bevölkerungsentwicklung hat bedeutende ökonomische und soziale Folgen. Im Mittelpunkt der gegenwärtigen Diskussion stehen die in den 60er und 70er Jahren erheblich gesunkenen Geburtenraten, der sich daraus und aus der steigenden Lebenserwartung ergebende Zuwachs im Anteil älterer Menschen („Überalterung“) und der voraussehbare Rückgang der Bevölkerung. Überlagert werden diese Prozesse durch Zuwanderungen aus dem Ausland, aber auch durch inländische Wanderungsbewegungen.

³¹ Auch die Direktinvestitionen ausländischer Firmen im Inland zeitigen ambivalente Folgen. Zunächst scheint es eher zu einer Verdrängung inländischer Firmen und zu einem Beschäftigungsabbau zu kommen, im weiteren Verlauf aber auch zu einem ansteigenden Auftragsvolumen für inländische Firmen und einem damit einhergehenden Beschäftigungsaufbau (s. Barrios/Görg/Strobl, DIW Discussion Papers, Nr. 426, Juni 2004).

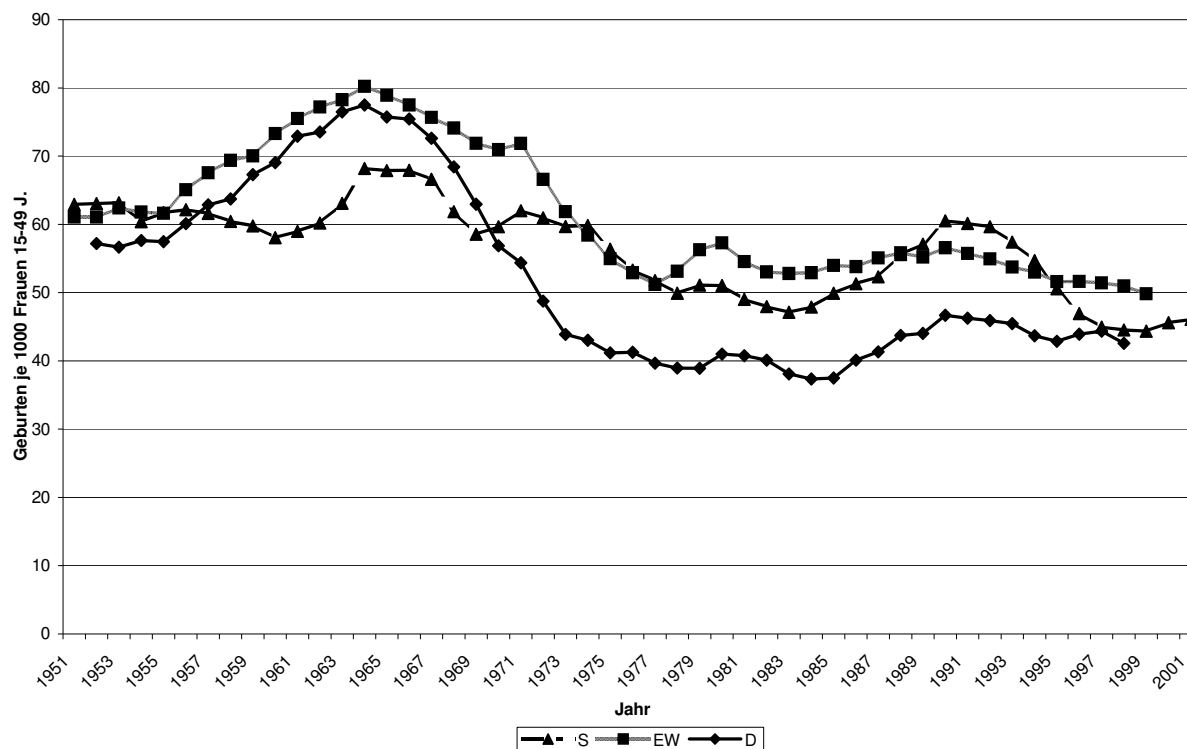


Abbildung 24: Entwicklung der Geburtenraten

Quellen: Statistisches Bundesamt, SCB, ONS.

Wir beginnen mit der Entwicklung der Geburtenraten (Zahl der jährlichen Geburten je 1000 Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren).³²

Zu Beginn der 50er Jahre liegen die Geburtenraten der drei europäischen Länder in der Nähe von 6 Promille. Nach einem in D und GB besonders ausgeprägten Anstieg bis zur Mitte der 60er Jahre fallen die Raten bis Ende der 70er bzw. Mitte der 80er Jahre mehr oder weniger stetig ab. In GB ist sie seitdem relativ stabil, in Schweden verläuft sie eher zyklisch mit einem bemerkenswerten Anstieg in den 80er Jahren („Baby-Boom“), der durch die ökonomische Krise Anfang der 90er Jahre (s. oben, Abschn. 1) revidiert wird. In D verbessert sich die Situation in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ebenfalls; seitdem verläuft die Rate relativ stabil.

Häufig wird statt der Geburtenrate auch die Fruchtbarkeitsziffer zitiert, also die mittlere Zahl der Kinder, die eine Frau im Verlauf ihres Lebens zur Welt bringt. Folgt man den von EUROSTAT für die Zeit ab 1992 angebotenen Daten (Internet-Download v. 10.8.05), so bestätigt sich die niedrige Rate für Deutschland: in der ersten Hälfte der 90er Jahre bewegt sie sich zwischen 1,25 und 1,30, seit 1997 zwischen 1,35 und 1,38. Das bedeutet, grob gerechnet, dass 100 Eltern nur noch 65 Nachkommen zeugen. In Schweden erreicht die Rate 1992 die zur Reproduktion der Bevölkerung notwendige Höhe von 2,09³³; sie sinkt bis 1998 auf 1,50 und steigt bis 2003 wieder

³² Eine Gegenposition zu den meist pessimistisch oder gar „alarmistisch“ angelegten Verlautbarungen (besonders alarmiert - und z. T. recht unsachlich - gibt sich Miegel 2002) offerieren Bingler/Bosbach (2004).

³³ Mitte der 60er Jahre lag die Ziffer sogar bei 2,5. Für die längerfristige Entwicklung

auf 1,71. In GB liegt die Rate 1992 bei 1,79 und bewegt sich seit 1995 zwischen 1,63 und 1,71. Unter unseren drei Vergleichsländern weist also die Bundesrepublik das mit Abstand stärkste Defizit auf, nur wenige Länder (wie Italien) liegen noch knapp unter den deutschen Werten.³⁴ Seit Anfang der 70er Jahre übersteigt in D die Zahl der Gestorbenen die Zahl der Geborenen. Dennoch ist die Bevölkerung bisher nicht kleiner geworden.³⁵ Zwischen 1960 und 2002 sind 26,7 Mill. ausländische Staatsbürger zugezogen und 19,2 Mill. wieder weggezogen, was einen Saldo von 7,5 Mill. ergibt. Ferner sind in dieser Zeit etwa 3,9 Mill. Aussiedlerinnen und Aussiedler aufgenommen worden (Datenreport 2004, S. 30 ff.).

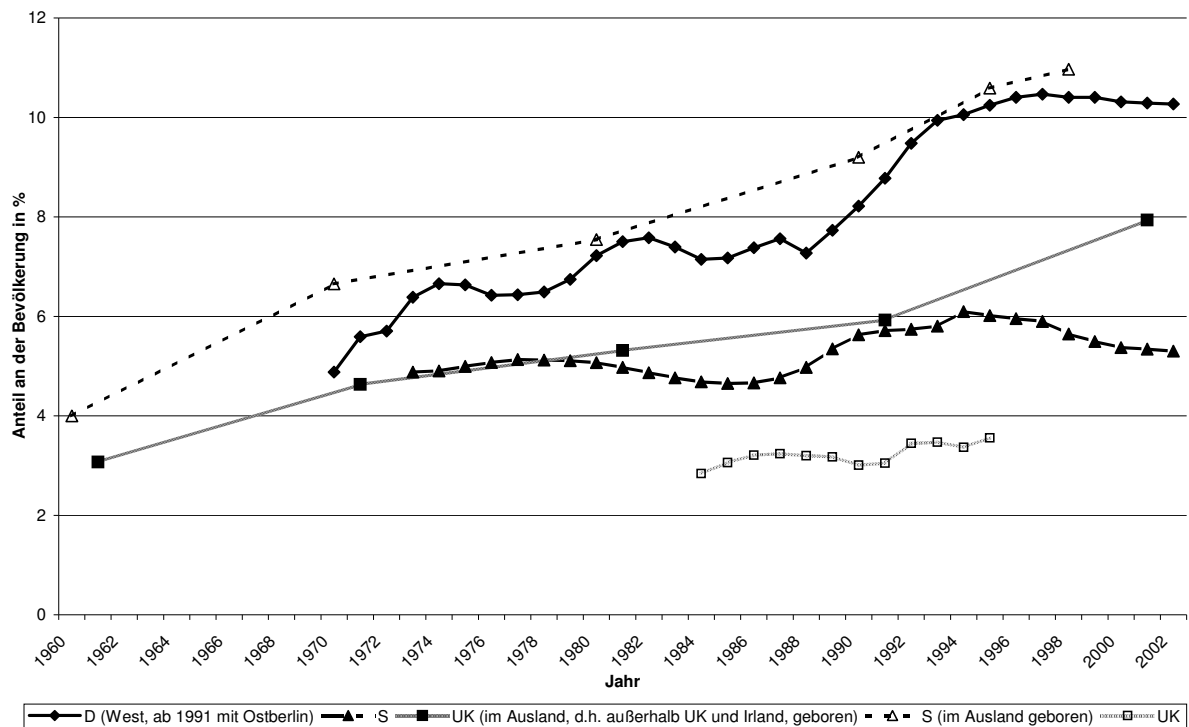


Abbildung 25: Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung
 Quellen: eigene Berechnungen mit Daten der nationalen statistischen Ämter; OECD.

Ein Vergleich der Ausländeranteile in den verschiedenen Ländern ist nur begrenzt aussagekräftig, da sowohl die Registrierungs- als auch die Einbürgerungspraktiken sehr unterschiedlich

seit 1940 siehe den schon öfter zitierten Bericht von Palme et al. (2003: 104).

³⁴ Bemerkenswert ist, dass sich die Richtung des Zusammenhangs zwischen Fertilität und weiblicher Erwerbsquote im Laufe der Zeit umgekehrt hat. Für Mütter, die 1930 geboren wurden, zeigt sich im Ländervergleich ein negativer Zusammenhang (die Fertilität sinkt bei höherer Erwerbsbeteiligung), bei 1960 geborenen Müttern ist er positiv (OECD: „A caring world“, 1999: 16 f.).

³⁵ Für die Abschätzung der zukünftigen Entwicklung liegen unterschiedliche Berechnungsmodelle vor. Sie gehen davon aus, dass die Bevölkerung in D demnächst, spätestens aber ab 2025 (nach einem weiteren, leichten Wachstum) abnehmen wird. Für 2050 schwanken die Schätzungen zwischen ca. 67 und 81 Mill. (Datenreport 2004: 58).

sind. GB z. B. führt keine Melderegister. Außerdem werden viele der eingebürgerten Ausländer im täglichen Sozialverkehr weiterhin als „Ausländer“ definiert. Trotzdem geben wir hier die Zahlen zum Ausländeranteil wieder, die die nationalen statistischen Ämter und die OECD liefern (Abb. 25).

Blickt man nur auf die offizielle Staatszugehörigkeit, so weist Deutschland durchgängig den höchsten Ausländeranteil auf. Das Bild verändert sich, wenn man die im Ausland geborenen Personen (einschließlich der im Ausland geborenen Kinder von Briten bzw. Schweden) hinzurechnet. Die schwedische Quote steigt dann erheblich an. Für GB liegen uns hierzu nur vier Angaben vor. Demnach stieg dort der Anteil der außerhalb Großbritanniens und Nordirlands geborenen Personen von 3 % (1961) auf über 8 % im Jahre 2001.³⁶

Ökonomisch und soziologisch besonders wichtig ist die Entwicklung des sog. Altersquotienten, mit dem das statistische Bundesamt die Altersgruppe der über 59-Jährigen ins Verhältnis setzt zu der Altersgruppe der 20- bis 59-Jährigen. Dieser Quotient ist in D von 29,2 im Jahre 1955 auf 44,3 im Jahre 2002 angestiegen (Datenreport 2004: 37). Ergänzt man die Angaben des Statistischen Bundesamtes mit denen des nationalen statistischen Amtes in Schweden (SCB) und der WHO, zeigt sich, dass sich die Altersquotienten von 1952 bis Mitte der 70er Jahre in den drei Ländern ähnlich entwickelt haben; dass er dann in D sogar zurückging, bevor er seit Mitte der 90er Jahre wieder anstieg. 1998 liegt der Quotient in SW knapp über, in D und GB knapp unter der 40-Prozent-Marke.

Werfen wir zum Schluss noch kurz einen Blick auf die inländischen Wanderungsbewegungen (Zu- und Fortzüge) über die Gemeindegrenzen hinweg. Angesichts der häufig konstatierten „zunehmenden Mobilität“ in (post-)modernen Gesellschaften, könnte man einen erheblichen Anstieg erwarten. Die Daten liefern aber ein anderes Bild (Abb. 26).

In der Zeit von 1950 bis Mitte der 70er Jahre war die Binnenwanderung in D deutlich höher als danach; sie war rückläufig bis Mitte der 80er Jahre und stieg nach der Wiedervereinigung an, ohne das Niveau der 50er und 60er Jahre zu erreichen.³⁷ Das Niveau der Binnenwanderung in den beiden anderen Ländern liegt vermutlich unterhalb des deutschen (die Daten sind nur eingeschränkt vergleichbar), ist dort aber ebenfalls seit Mitte der 80er Jahre angestiegen.

³⁶ Laut Bevölkerungsumfragen über die Lebensqualität in Europa werden gravierende „Spannungen“ zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen in Deutschland subjektiv seltener registriert (von 38 % der Befragten) als in Schweden (45 %) und Großbritannien (48 %) (European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, 2004: 71).

³⁷ Zugenommen hat allerdings der Anteil der Beschäftigten, die einen sehr langen Arbeitsweg (50 km und mehr) haben; er verdoppelt sich von 1,6 % im Jahre 1978 auf 3,8 % im Jahre 2000. Entsprechend steigt auch der Anteil derer, die eine Stunde oder mehr für den Weg bis zu ihrer Arbeitsstätte benötigen von 2,3 % auf 3,9 % (laut Angaben des Statistischen Bundesamtes aus den Daten des Mikrozensus).

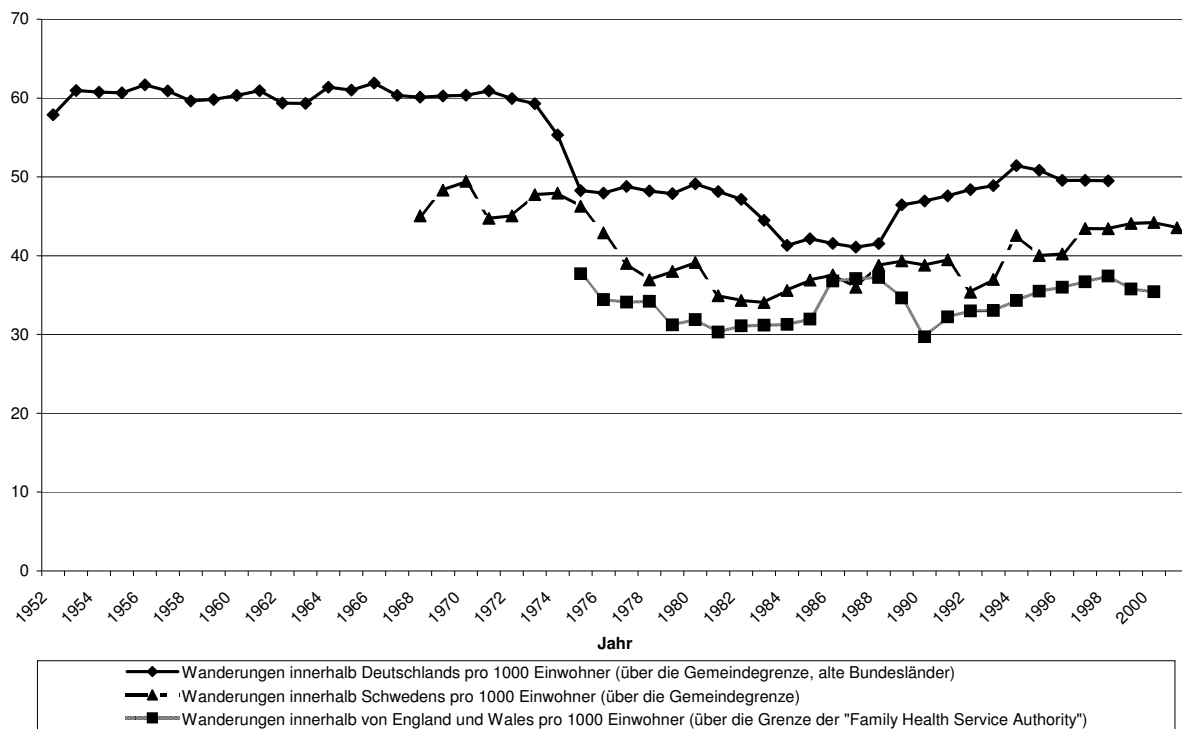


Abbildung 26: Binnenwanderungen pro 1000 Einwohner

Quellen: eigene Berechnungen aufgrund von Daten des Statistischen Bundesamtes, des Office for National Statistic, und des SCB.

Literatur

- Alber, J. (2002). Modernisierung als Peripetie des Sozialstaats? *Berliner Journal für Soziologie*, 12, S.5-35.
- Ambrosius, G. (2001). Agrarstaat oder Industriestaat - Industriegesellschaft oder Dienstleistungsgesellschaft? Zum sektoralen Strukturwandel im 20. Jahrhundert. In R. Spree (Hg.), *Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert* (S. 50-69). München: Beck.
- Barrios, S./ Görg, H./ Strobl, E. (2004). Foreign Direct Investment, Competition and Industrial Development in the Host Country. *DIW Discussion Papers Nr. 426*. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Bingler, K. und Bosbach, G. (2004). Kein Anlass zu Furcht und Panik. Fakten und Mythen zur 'demografischen Katastrophe', *Deutsche Rentenversicherung*, 59, 725-749.
- Birkel, C. (2003). Die Polizeiliche Kriminalstatistik und ihre Alternativen. Datenquellen zur Entwicklung der Gewaltkriminalität in der Bundesrepublik Deutschland. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Der Hallesche Graureiher 2003, 2003-1, Halle.
- Birkel, C. (2004). Zur langfristigen Entwicklung von Einkommensungleichheit, Armut und Umverteilungseffizienz in Westdeutschland, dem Vereinigten Königreich und Schweden. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Der Hallesche Graureiher 2004, 2004-6, Halle.
- Birkel, C. und Thome, H. (2004). Die Entwicklung der Gewaltkriminalität in der Bundesrepublik Deutschland, England/Wales und Schweden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Der Hallesche Graureiher 2004, 2004-1, Halle.
- Bundesministerium der Finanzen (2005). Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich. *Monatsbericht des BMF*. Januar 2005.
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziales (2004). Persönliche Mitteilung v. 30.12.2004. Berlin.
- Crouch, C. (1999). *Social Change in Western Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Cusack, T. R. (2004). Data on Public Employment and Wages for 21 OECD Countries. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- Cusack, T. R./ Fuchs, S. (2003). Parteien, Institutionen und Staatsausgaben. In H. Obinger, U. Wagschal, & B. Kittel (Hg.), *Politische Ökonomie. Demokratie und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit* (S. 321-354). Opladen: Leske + Budrich.
- Daly, K. (2004). *Euroland's Secret Success Story*. London: Goldman Sachs (Global Economics Paper, 102).
- Data Service & Information (2004). *International Statistical Yearbook 2004*. Rheinberg: Data Service & Information GmbH.
- DER SPIEGEL*, 17/2005, S.90.
- DER SPIEGEL*, 33/2005, S.60.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2004). Lohnkosten im internationalen Vergleich. *Wochenbericht*, 71. Jg. Nr. 14/2004.
- DIE ZEIT*, 5.2.2004, S.23.
- DIE ZEIT*, 7.10.2004, S.26f.
- DIE ZEIT*, 31.3.2005.
- DIE ZEIT*, 25.8.2005, S.20.

- Eichhorst, W./ Profit, S./ Thode, E. (2001). *Benchmarking Deutschland: Arbeitsmarkt und Beschäftigung. Bericht der Arbeitsgruppe Benchmarking und der Bertelsmann Stiftung*. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Engstler, H./ Menning, S. (2003). *Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation der Familien und familiendemographische Entwicklung in Deutschland*. Erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt. Erweiterte Neuauflage.
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (2004). *Quality of Life in Europe. First European Quality of Life Survey 2003* (www.eurofond.eu.int).
- EUROSTAT (2005). *Langzeitarbeitslose (12 Monate und länger) als Prozentatz der gesamten Arbeitslosigkeit (von jedem Geschlecht) nach Altersgruppe (%)*. http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?_pageid=1996,45323734&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=welcomeref&open=/labour/EMPLOY/Unemploy/unempl&language=de&product=EU_MASTER_labour_market&root=EU_MASTER_labour_market&scrollto=0 (Abruf vom 27.10.2005).
- Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.4.2005, S.15.
- Gabler-Wirtschaftslexikon (2000). Wiesbaden: Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH (15. Auflage).
- Ganghof, S. (2005). Einkommensteuer in der globalen Wirtschaft. In *MPIfG Jahrbuch 2003-2004* (S. 49-56). Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Garrett, G. (1995). Capital Mobility, Trade, and the Domestic Politics of Economic Policy. *International Organization* 49: S.657-687.
- Geißler, R. (2002). *Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung* (3. Auflage). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Groningen Growth and Development Centre and the Conference Board (2004). *Total Economy Database*. <http://www.ggdc.net> (Abruf vom August 2004).
- Heinemann, F./ Overesch, M. (2005). *Effektive Steuerbelastung von Unternehmen in Europa*. Mannheim: Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/div/Effektive_Steuerbelastung_Europa.pdf).
- Hettich, F./ Schmidt, C. (2000). *Die deutsche Steuerbelastung im internationalen Vergleich*. http://www.ub.uni-konstanz.de/kops/volltexte/2000/516/pdf/dp00_17.pdf (Abruf vom 4. 3. 2005).
- Hradil, S. (2004). *Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Huber, E., Ragin, C., Stephens, J. D., Brady, D. und Beckfield, J. (2004). Comparative Welfare States Data Set. Northwestern University, University of North Carolina, Duke University und Indiana University.
- ILO (2004). *Consumer Price Index Manual. Theory and Practice*. Genf: ILO.
- Johnson, P. (2004). The Welfare State, Income and Living Standards. In R. Floud/ P. Johnson (Hg.), *The Cambridge Economic History of Modern Britain. Volume III: Structural Change and Growth, 1939-2000* (S. 213-237). Cambridge: Cambridge University Press.
- Kaufmann, F.-X. (1997). *Herausforderungen des Sozialstaates*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- KfW Bankengruppe (2004). Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportindustrie und die Theorie der Basarökonomie. *KfW-Research Nr. 15*.
- Kitschelt, H./ Streeck, W. (2004). From Stability to Stagnation: Germany at the Beginning of the Twenty-First Century. In H. Kitschelt, & W. Streeck (Hg.), *Germany: Beyond the Stable State* (S. 1-34). London u. a.: Cass.

- Kitson, M. (2004). Failure Followed by Success or Success Followed by Failure? A Re-Examination of British Economic Growth since 1949. In R. Floud/ P. Johnson (Hg.), *The Cambridge Economic History of Modern Britain. Volume III: Structural Change and Growth, 1939-2000* (S. 27-56). Cambridge: Cambridge University Press.
- Lehndorff, S. (2003). Wie lang sind die Arbeitszeiten in Deutschland? Fakten und Argumente zur aktuellen Debatte über Arbeitszeitverlängerungen. *IAT-Report 203-07* (Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen, Institut Arbeit und Technik).
- Lutz, B. (1984). *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*. Frankfurt/New York: Campus.
- Maddison, A. (2001). *The World Economy - A Millennial Perspective*. www.theworlddeconomy.org
- Meager, N. und Bates, P. (2002). From Salary Workers to Entrepreneurial Workers? In G. Schmid und B. Gazier (Hg.), *The Dynamics of Full Employment* (S. 298-338). Cheltenham: Edward Elgar.
- Meinhardt, V. Z. R. (2005). Gesamtwirtschaftliche Wirkungen einer Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen in der Sozialversicherung: Endbericht. *Politikberatung kompakt 7*. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.
- Metz, R. (2004). Säkulare Trends der deutschen Wirtschaft. In M. North (Hg.), *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick* (2. Auflage). München: Beck, (1. Auflage: 2001).
- Miegel, M. (2002). *Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen*. Berlin: Ullstein.
- Mitchell, B. R. (2003). *International Historical Statistics. Europe 1750-2000*. Houndmills: Palgrave Macmillan (5. Afl.).
- O'Mahony, M. (2004). Employment, Education and Human Capital. In R. Floud/ P. Johnson (Hg.), *The Cambridge Economic History of Modern Britain. Volume III: Structural Change and Growth, 1939-2000* (S. 112-133). Cambridge: Cambridge University Press.
- O'Mahony, M./ de Boer, W. (2002). *Britain's Relative Productivity Performance: Updates to 1999*. National Institute of Economic and Social Research (NIESR).
- Obinger, H. (2003). Die politische Ökonomie des Wirtschaftswachstums. In H. Obinger, U. Wagschal, & B. Kittel (Hg.), *Politische Ökonomie. Demokratie und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit* (S. 113-149). Opladen: Leske + Budrich.
- OECD (1993). *OECD Main Economic Indicators. Historical Statistics: Prices, Labour and Wages*. Paris: OECD.
- OECD (1997). *Measuring Public Employment in OECD Countries: Sources, Methods and Results*. OECD, Paris.
- OECD (1999). *A Caring World. The New Social Policy Agenda*. OECD, Paris.
- OECD (2004). *OECD Statistical Compendium 2004/II*. Rheinberg: Data Service & Information GmbH.
- OECD (2005). *OECD Statistical Compendium 2005/I*. Rheinberg: Data Service & Information GmbH.
- Palme, J., Bergmark, Å., Bäckmann, O. et al. (2003). *A Welfare Balance Sheet for the 1990s. Final Report of the Swedish Welfare Commission*. Basingstoke: Taylor & Francis (Scandinavian Journal of Public Health, Supplement 60).
- Scharpf, F. W./ Schmidt, V. A. (Hg.) (2000). *Welfare and Work in the Open Economy. Volume I: From Vulnerability to Competitiveness*. Oxford: Oxford University Press.
- Schreyer, P. und Koechlin, F. (2002). Purchasing Power Parities - Measurement and Uses, *OECD Statistics Brief*, S.1-8.

- Schröder, Chr. (2003). Produktivität und Lohnstückkosten im internationalen Vergleich. *iw-trends*, 30. Jg., 3/2003. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.
- Schröder, Chr. (2004). Produktivität und Lohnstückkosten im internationalen Vergleich. *iw-trends*, 31. Jg., 3/2004. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.
- Sinn, H.-W. (2004). *Ist Deutschland noch zu retten?* (8. Auflage). Berlin: Ullstein.
- Statistisches Bundesamt (2003). Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA). *Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Statistisches Bundesamt (versch. Jahre). *Statistisches Jahrbuch für das Ausland*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Streeck, W./ Trampusch, C. (2005). Economic Reform and the Political Economy of the German Welfare State. *MPiFG Working Paper 05/2*. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Süddeutsche Zeitung*, 9.5.2005, S.21.
- Summers, R. und Heston, A. (1991). The Penn World Table (Mark5): An Expanded Set of International Comparisons, 1950-1988, *The Quarterly Journal of Economics*, 106, S.327-368.
- Summers, R., Heston, A., Nuxoll, D. A. und Aten, B. (1995). The Penn World Table (Mark5.6a). University of Pennsylvania, Philadelphia.
- The New York Times. Beilage zur Süddeutschen Zeitung*, 8.8.2005, S.2.
- The New York Times. Beilage zur Süddeutschen Zeitung*, 22.8.2005.
- Therborn, G. (2001). Globalization and Inequality. Issues of Conceptualization and Explanation. *Soziale Welt* 52: 449-476.
- Wagschal, U. (2003). Die politische Ökonomie der Besteuerung. In H. Obinger, U. Wagschal, & B. Kittel (Hg.), *Politische Ökonomie. Demokratie und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit* (S. 259-288). Opladen: Leske + Budrich.
- Wasmer, E. (2003). *Interpreting Europe and US Labor Markets Differences: the Specificity of Human Capital Investments*. Presented at seminar at the Institute for Futures Studies May 8, 2003.
- Western, B./ Beckett, K. (1999). How Unregulated is the U.S. Labor Market? The Penal System as a Labor Market Institution. *American Journal of Sociology*, 104, S.1030-1060.
- Willms, A. (1983). Grundzüge der Entwicklung der Frauenarbeit von 1880 bis 1980. In W. Müller, A. Willms und J. Handl (Hg.), *Strukturwandel der Frauenarbeit 1880-1980* (S. 25-54). Frankfurt a.M.: Campus.
- Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (2005). *Effektive Steuerbelastung von Unternehmen in Europa*. ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/div/Effektive_Steuerbelastung_Europa.pdf (Abruf vom 4.3.2005).

Veröffentlichte "Hallesche Graureiher" ab 2000, Stand: Dezember 2005

Unsere aktuelle Publikationsliste finden Sie im Internet unter:

<http://www.sociologie.uni-halle.de/publikationen/index.html>

- Petermann, Sören, 2000: *Bürgerumfrage Halle 1999*. Der Hallesche Graureiher 2000-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Stange, Constanze, 2000: *Kunst - Erwerbsarbeit - Geschlecht. Zur Ungleichheit von Künstlerinnen und Künstlern in Sachsen-Anhalt*. Der Hallesche Graureiher 2000-2. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Sahner, Heinz, 2000: *Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung: Über Diskrepanzen - Unterschiede zwischen dem was ist, und dem, was darüber berichtet wird*. Der Hallesche Graureiher 2000-3. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie in: Stadtforschung und Statistik 2/00
- Sahner, Heinz, 2000: *Großwohnsiedlungen der Stadt Halle, Heide-Nord im Vergleich*. Der Hallesche Graureiher 2000-4. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Henning, Jörg, 2001: *Transformationsprobleme nach der Wende am Beispiel der Stadtwerke Halle GmbH*. Der Hallesche Graureiher 2001-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Petermann, Sören, 2001: *Soziale Vernetzung städtischer und ländlicher Bevölkerungen am Beispiel der Stadt Halle. Abschlussbericht und Codebuch*. Der Hallesche Graureiher 2001-2. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.
- Bayer, Michael, 2002: *Subjektive Zufriedenheit im Kontext organisatorischen Wandels und beruflicher Veränderungsprozesse am Beispiel eines ostdeutschen Krankenhauses*. Der Hallesche Graureiher 2002-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Petermann, Sören, 2002: *Bürgerumfrage Halle 2001*. Der Hallesche Graureiher 2002-2. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Thumfart, Alexander, 2002: *Führungsgruppen und die politische Integration Ostdeutschlands*. Der Hallesche Graureiher 2002-3. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Sahner, Heinz, 2002: *Halle im Spiegel der Statistik und im Urteil der Bürger. Ausgewählte Daten aus dem Einwohner- und Statistikamt der Stadt Halle und aus den Bürgerumfragen 1993 bis 2001 des Instituts für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*. Der Hallesche Graureiher 2002-4. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Sahner, Heinz, 2002: *Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse: Transformationsprozesse in Ostdeutschland. Das Land Sachsen-Anhalt im Vergleich*. Der Hallesche Graureiher 2002-5. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Erscheint demnächst in: Kilian/Kluth/Schmidt-De-Caluwe/Schreiber (Hrsg.), Verfassungshandbuch Sachsen-Anhalt, 2003, Nomos-Verlag.
- Birkel, Christoph, 2003: *Die polizeiliche Kriminalstatistik und ihre Alternativen. Datenquellen zur Entwicklung der Gewaltkriminalität in der Bundesrepublik Deutschland*. Der Hallesche Graureiher 2003-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Sahner, Heinz, 2003: *Sozialstruktur und Lebenslagen*. Der Hallesche Graureiher 2003-2. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Erscheint in: Oscar Gabriel/ Everhard Holtmann (Hrsg.), 3. neubearb. Auflage, Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland,

Oldenbourg Verlag, München und Wien

Eisentraut, Roswitha; Reschke, Steffen, 2003: *ESF-geförderte Existenzgründungen in Sachsen-Anhalt*. Der Hallesche Graureiher 2003-3. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Bayer, Michael; Kühnel, Martin, 2003: *Die Flutkatastrophe 2002 – Helfer und Hilfen aus Sicht der Betroffenen*. Der Hallesche Graureiher 2003-4. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Birkel, Christoph; Thome, Helmut, 2004: *Die Entwicklung der Gewaltkriminalität in der Bundesrepublik Deutschland, England/Wales und Schweden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts*. Der Hallesche Graureiher 2004-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Schnitzer, Anna, 2004: *Zum Bedeutungswandel von Geburt und Mutterschaft. Betrachtungen eines sozialen Ereignisses*. Der Hallesche Graureiher 2004-2. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Petermann, Sören; Täfler, Susanne, 2004: *Bürgerumfrage Halle 2003*. Der Hallesche Graureiher 2004-3. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Sahner, Heinz, 2004: *Empirische Sozialforschung: Von der Schwierigkeit die Wahrheit zu sagen. Illustriert mit Beispielen aus der Transformationsforschung und der Stadtsoziologie (Halle/Saale)*. Der Hallesche Graureiher 2004-4. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
(Abschiedsvorlesung, gehalten an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg am 5. Mai 2004)

Huber, Joseph, 2004: *Reform der Geldschöpfung. Wiederherstellung des staatlichen Geldregals und der Seigniorage durch Vollgeld*. Der Hallesche Graureiher 2004-5. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Birkel, Christoph, 2004: *Zur langfristigen Entwicklung von Einkommensgleichheit, Armut und Umverteilungseffizienz in Westdeutschland, dem Vereinigten Königreich und Schweden*. Der Hallesche Graureiher 2004-6. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Huber, Joseph, 2005: *Technological Environmental Innovations*. Der Hallesche Graureiher 2005-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Sahner, Heinz, 2005: *Alter als soziale Konstruktion. Altersprobleme heute: Ursachen und Konsequenzen*. Der Hallesche Graureiher 2005-2. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Heuer, Jan; Hils, Sylvia; Richter, Anika; Schröder, Brunhild; Sackmann, Reinhold, 2005: *Der außergerichtliche Einigungsversuch im Verbraucherinsolvenzverfahren. Inkasso-Unternehmen als Datenquelle für Verschuldungsuntersuchungen*. Der Hallesche Graureiher 2005-3. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Thome, Helmut; Birkel, Christoph, 2005: *Basisindikatoren der ökonomischen Entwicklung in Deutschland, Großbritannien, Schweden, USA – 1950 bis 2000*. Der Hallesche Graureiher 2005-4. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg